

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.20 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.20 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Regierungs-Verordnung für 1896 unter Nr. 7277.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verleger: Ant. 1. Nr. 1508  
Telegraph-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 28. Mai 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Die Gemeinderaths-Wahlen in Frankreich.

Paris, 22. Mai 1896.

Die Gemeinderaths-Wahlen, die, wie ich in meinem Brief vom 24. April sagte, den Sozialisten Erfolge versprochen, haben die gehegten Erwartungen weit übertroffen. Die Reaktionsäre hatten Furcht vor ihnen; sie haben kein Mittel unversucht gelassen, das Ministerium Bourgeois noch vor den Wahlen zu fällen: dies ist ihnen gelungen, und das Ministerium Meline hat den ganzen Regierungsapparat zu ihrer Unterstützung in Bewegung gesetzt. Aber trotz der Drohungen, durch welche sie die Aufstellung sozialistischer Kandidaturen verhindern wollten, trotz der polizeilichen Quertreibereien, welche die Versammlungen und die freie Stimmabgabe stören sollten, sind doch selbst in den kleinsten Städten und Ortschaften Kandidaten aufgetreten, die offen ihre sozialistische Gesinnung zur Schau trugen. Unter den Kandidaten fanden sich zahlreiche Arbeiter sowie einige Lehrer und Universitätsprofessoren, die dadurch ihre Stellung und ganze Existenz aufs Spiel setzten. Allenhalben haben die sozialistischen Kandidaten Erfolge zu verzeichnen. Beim ersten Wahlgang waren die Radikalen, beim zweiten selbst die Opportunisten an mehreren Orten gezwungen, mit den Sozialisten gemeinsame Listen aufzustellen, um gewählt werden zu können. Ich muß hier daran erinnern, daß die Gemeinderaths-Wahlen entgegen den Kommunalwahlen durch Listen stattfinden: Die Zahl der Gemeinderäthe ist proportional der Anzahl der Einwohner; in Paris beträgt sie 80, in den Städten von 100 000 Einwohnern und mehr 86, in den Städten mit mindestens 80 000 Einwohnern 23, und in den kleinen Gemeinden 16.

Die Anzahl der Gemeinderäthe, in denen nicht wenigstens ein oder zwei Sozialisten sitzen, hat sich wesentlich verringert, während die Zahl der Gemeinderäthe, in denen die Mehrheit, ja die Gesamtheit sozialistisch ist, sehr gestiegen ist. Die Siege, die wir in den kleinen Gemeinden davongetragen, haben nicht in dem Maße Beachtung gefunden, wie die in den großen Zentren errungenen, obgleich sie eine noch tiefergehende Bedeutung haben; beweisen sie doch klar, daß die sozialistischen Ideen, trotz der Bajonette und Verfolgungen durch Regierung und Arbeitgeber alle Schichten der Bevölkerung durchdringen. Vor 15 Jahren behandelte man die Sozialisten als Verächter und Verbrecher; in wenigen Jahren wird ein Nichtanerkennen der sozialistischen Ideen ein Zeichen von geistiger oder seelischer Beschränktheit sein. Die sozialistischen Wahlerfolge in den kleinen Ortschaften sind das sichere Unterpfand des baldigen, endgiltigen Triumphes des Sozialismus in Frankreich.

Die monarchistische Reaktion konnte die Republik von 1848 nur füttern, das Kaiserreich sich nur halten, indem sie sich auf die kleinen Städte und das platte Land stützte; erst seitdem diese für die republikanischen Ideen gewonnen sind, ist die Stellung der Republik eine unerschütterliche geworden. Es ist das gleiche Gesetz, das auch für die Religionen gilt, bei denen es immer die breiten ungebildeten Massen des Volkes waren, welche ihnen zum Siege verhalfen. Die Entstehung und Ausbreitung des Christen-

thums sind ein typisches Beispiel für diese geschichtliche Erscheinung. Man kann wohl mit Bestimmtheit sagen, daß augenblicklich die Massen einer sozialistischen Revolution nur einen passiven Widerstand und auch den nicht einmal überall entgegenzusetzen würden — einige wenige Jahre noch und sie werden sich voller Begeisterung ihr anschließen. Das Bürgerthum konnte sich 1789 der Adelligen mittelst des begeisterten Beistandes entledigen, den es in den kleinen Städten und auf dem Lande fand. Die Bauern stürzten die Schlösser und Klöster, bewachtigten sich der Urkunden, der Adelsbriefe und der gutsherrlichen Abgabeverträge, warfen sie alle auf dem Dorfpflast auf einen Haufen, stellten in die Mitte eine Tafel mit der Aufschrift: „Endgiltige Befreiung von Zehnten und Frohndienst“, zündeten dann den Haufen an und tanzten um ihn herum. Die Bauern, welche diese Zeiten nicht vergessen haben, werden es wieder so thun, aber mit dem Unterschiede, daß sie diesmal die kapitalistischen Eigenthumsurkunden, die Hypothekenbriefe und die notariellen Schuld- und Wucherscheine den Flammen überliefern werden.

Das Ministerium Meline, von dem man so viel durch Beeinflussung der Wahlen erhofft hatte, ist durch das Ergebnis ganz außer Fassung gekommen. Als wahrhaftige Anhänger der Vogelstrauchpolitik haben die Minister die Wirklichkeit verleugnet; sie haben hochgelobte Statistiken abgesetzt, um zu beweisen, daß die Zahl der sozialistischen Gemeinderäthe seit den letzten Wahlen von 1892 erheblich gesunken sei, ein untrügliches Zeichen des Rückganges der sozialistischen Idee, die bald in der Luft verschwinden werde, wie der Rauch eines Strohfensers. Indes hat ihre Unmündigkeit sie nicht hindern können, die in den großen Städten errungenen Siege anzuerkennen. Paris, Roubaix, Lille, Calais, Marseille, Bordeaux, Narbonne, Montluçon u. s. w. haben sozialistische Gemeinderäthe, die am vergangenen Sonntag wohlbekannte, in der Bewegung stehende Sozialisten zu Bürgermeistern gewählt haben, von denen mehreren schon die Ehre zutheil geworden ist, kostenlos in den Gefängnissen der dritten Republik beherbergt zu werden.

Die Industriestädte (Lille, Roubaix, Moone, Calais u. s. w.) haben rein sozialistische Mehrheiten gewählt; während in Paris, Marseille, Bordeaux u. s. w. Städten mit theils gemischter, theils Handelsbevölkerung, wo das kleinbürgerliche, kleinindustrielle und Handwerkerlement vorherrscht, sich die Sozialisten und Radikalen in die Mehrheit theilen; doch auch hier sind die Sozialisten die Herren der Lage. Der „Temps“, das Hauptorgan der opportunistischen Bourgeoisie, dem die Angst die Augen manchmal öffnet, ist trotz seiner Bewunderung für die Papiersege des Ministeriums Meline genöthigt, in einem seiner Leitartikel vom 14. Mai anzuerkennen, daß die Radikalen auf dem Wege zum Sozialismus sind, zum revolutionären Sozialismus, und auf dieser Bahn nicht mehr Halt machen können. Jeden Tag sind wir bald hier, bald dort Zeugen von der fortschreitenden Auflösung der alten radikalen Partei und ihrem unabwehrbaren Aufgehen in der Gruppe der revolutionären Kollektivisten.

Was sich in der Kammer zugetragen, wiederholt sich in den Gemeindevertretungen, in denen die Sozialisten nicht die Mehrheit bilden. Genau gerechnet, befanden sich nicht mehr als 18

bis 20 wahre Sozialisten in der Kammer; sie bilden den Mittelpunkt, um den sich einige 40 radikale Abgeordnete gruppieren, die zum Sozialismus neigen. Diese kleine Gruppe von 60 Abgeordneten beherrscht die 150 bis 200 radikalen und liberalen Abgeordneten, die kein Programm leitet, und die, aus Furcht vor ihren Wählern, nicht nach rechts abschwenken können. Man hatte schon Gelegenheit, den Einfluß eines oder einiger Sozialisten in einem Gemeinderath kennen zu lernen; eine Zeit lang sahen Dormog in Montluçon und Bailant in Paris allein im Gemeinderath und doch reichte ihre Thätigkeit aus, die reaktionäre Majorität zu desorganisiren. Das wird jetzt noch schlimmer werden, wo sich in vielen Gemeindevertretungen eine ansehnliche sozialistische Minorität befindet.

In zwei Jahren, bei den großen Wahlen 1898, wird die sozialistische Partei die radikale verschlingen haben und den vereinigten reaktionären Parteien die Spitze bieten.

Gallua.

### Das 25jährige Jubiläum der dänischen Sozialdemokratie.

Kopenhagen, den 25. Mai. (Fig. Ber.) In der letzten Maiwoche, als in Paris die Kommune ihren Selbstkampf mit den Versailler Truppen kämpfte, wurde die dänische Sozialdemokratie geboren, die Erbhütterungen der großen Tragödie wurden auch in dem etwas abseits gelegenen Dänemark gespürt. Am 24. Mai 1871 erschien die erste sozialistische Broschüre unter dem Titel „Der Sozialismus in seinem Verhältnis zur Geschichte. Von einem Arbeiter.“ — und mit dem gegen die Lügen der Bourgeoisie gerichteten Motto: „audiat et altera pars!“ Raum ein Jahr später, am 5. Mai 1872, wurde eine Massenversammlung kopenhagener Arbeiter, die unter freiem Himmel stattfand, von Husaren gesprengt. Den blanken Degen in der Faust, sprengte das Militär in die Menge hinein, die zur friedlichen Beratung ihrer eigenen Angelegenheiten zusammengekommen war. Die 3 Jährer Bis, Brig und Gelleff, zugleich die Stifter der Partei in Dänemark, wurden verhaftet und nach langer Untersuchungshaft je 3 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt. Die dänische Regierung ließ es, wie man sieht, an Brutalität gegenüber der jungen Bewegung nicht fehlen und erreichte damit, was die Nachhaber überall damit erreichten, nämlich nichts. Jene oben erwähnte erste Broschüre legte die öffentliche Meinung so lebhaft in Bewegung, daß der Verleger einen blassen Schreck bekam und sich weigerte, die nächste Nummer zu drucken. Erst nach zwei Monaten konnte sie im Verlag eines Sozialdemokraten erscheinen. Schon nach ganz kurzer Zeit jedoch wurde diesen zwanglosen Hefen ein Wochenblatt, „Der Sozialist“, und unmittelbar darauf wurde eine dänische Abtheilung der „Internationalen“ errichtet. 1875 kam Bis, wohl der begabteste unter den ursprünglichen Stiftern, aus dem Gefängnis. Sein Martyrium hatte ihn grenzenlos populär gemacht. Der „Sozialist“, der inzwischen eine Tageszeitung geworden war, erklomm sehr schnell die Zahl von 7000 Abonnenten. Dann trat eine Stodung ein, ein Rückgang ein — ein schwarzer Schatten huschte für kurze

### Reue. (Nachdruck verboten.)

Roman von Nicolaus Krauß.

„Moidl, Moidl, wenn Du's so forttreibst, reißt D' Dir noch d' Nägel von den Fingern. Mir scheint alleweil, Du willst 'n Bauern reich machen. . . Laß's stader gehn, 's is besser für Di. . . 'n Streicher-Quas is nimma zan helfen. . . Da schau a mal mein' manscheferne Quas an. A mal war'n die a neu. . . Aber schau sie eiza an. Von da grünen Fard is nez mehr z'sehn. Und d' Löcher falln nur so' nein. . . Siehst, und akkurat so ist's mit unserm Bauern u sein Quas! . . . Moidl, laß's stader gehn.“

Aber Lene ließ es nicht langsamer gehen. Sollte sie es auch so machen wie die Klein-Magd, die sich in allen Ecken und Winkeln herumdrückte, um von der Arbeit fortzukommen? Das arme Ding war zu bedauern. Die hatte auch nichts Gutes noch gehabt in ihrem Leben. Ein „ausfälliges“ Kind war sie gewesen, ihre Mutter eine Magd, die gestorben, als die Tochter kaum laufen konnte. In einem Hirtenhause wurde das Kind von zwei alten Armenhändlerinnen mit Bettelbrot aufgezogen. Mit zehn Jahren wurde die Barbara von ihrer Gemeinde in einen Dienst gethan. Seit der Zeit war sie 's Waberkel; wie sie sonst noch hieß, wußte nur ihr Lehrer und das Kirchenbuch. Noch in keinem ordentlichen Hof hatte sie gedient, und gelernt hatte sie auch nichts. Beim Streicher, der froh sein mußte, überhaupt einen Diensthoben zu bekommen, machte sie jetzt die Klein-Magd, aber sie verstand nicht mehr als das Ruhmädel und auch stärker war sie nicht.

Nein, ein so armselig Ding wollte Lene nicht sein. Ihr kräftiger, von gesunden Säften geschwellter Körper verlangte nach Arbeit. Wenn sie auch oft vor Ermattung nicht schlafen konnte; wenn sie das ganze Leben und Treiben im Streicher-Hof vom ersten Tage an abstieß, sie bereute es doch nicht, den Dienst angenommen zu haben. In keinem andern Hofe wäre ihr so leicht und so viel Gelegenheit geboten worden, etwas zu lernen. Sie mußte ihre Muskeln anspannen bis zum

Zerreißen, ihre gesunden Knochen einsehen, aber sie merkte, daß ihre Kraft, ihre Fertigkeiten, ihre Geschicklichkeit, ihre Erfahrung wuchs, schier von Tag zu Tag. Daß sie nicht beim Streicher absterben würde, wußte sie. Aber lernen wollte sie etwas bei ihm, denn angewiesen würde sie sein auch fürderhin stets nur auf sich allein.

Sehr oft dachte sie an die Mühleffener Zeiten zurück. Wie leicht es doch die Mädchen ihrer Tante gepab! Und wenn sie ihr Schicksal dagegen hielt! Jetzt war die älteste, die Margareth, mit einem jungen Geistlichen als Pfarrerslöchin nach der Pfalz gezogen, die fromme Lise war noch zu Hause, wusch die Kirchengewänder, spielte die Orgel und brauchte sich nicht von fremden Leuten herumbehen zu lassen. Wenn ihre Mutter, ihr Vater länger gelebt hätten! Ganz deutlich stand vor ihr das Bild, wie die fremden Männer den Todten brachten, wie sie ihn auf eine Bank mitten in die Stube legten, wie das Wasser aus seinen Kleidern drängte und in langen gekrümmten Linien über die Diele rann. Daß sie den Jammer nicht vergessen konnte! Und wenn sie die Augen schloß und den Kopf schüttelte, so oft sie wollte, immer kam es wieder.

Bei der Frühjahrbestellung wurde Lene vorerst wenig gebraucht. Das Pflügen besorgten der Tagelöhner und die zwei Knechte, das Mähen und Sägen die anderen Diensthoben. Ab und zu ließ auch der Bauer anspannen und dann krochen vier Pflüge, vor denen je vier Ochsen wandelten, über die schweren Weizen- und Gerstenböden. Lang hielt es der Streicher nie aus. Vor dem Zwölfeläuten warf er den Pflug auf die Schleiße herum und fuhr nach Hause. Vom Hofe weg ging er ins Wirthshaus und lehrte erst in später Nacht zurück.

Beim Säen kam die Hauptarbeit an Lene und die Tagelöhnerfrau. Als die Kartoffeln gesteckt wurden, machte sie mit einem schweren Holzstempel die Löcher. Der Garten, der sich von der Stirnseite des Hauses bis zum Stall des nächsten Hofes hinabzog, wäre nicht einmal ausgeräumt worden, hätte Lene sich nicht seiner angenommen. Und dann kamen die jungen Gänschen, die nach gehackten Brennnesseln schrieen, und die zu früh ausgefrohenen Hühnchen, die in den Hebertopf mühten. Die Arbeit häufte sich so,

daß die Magd manchmal die Geduld verlor. Aber dann brauchte nur eine Ruh, der der Schlächter das Kalb genommen, jenen langgezogenen Heulton ausstoßen, oder ein und Arme. Und stockheiser wurde sie wie die anderen alle. Die Streicher-Leute lehrten immer als die letzten von den Feldern heim. Wenn sie auf der kleinen Höhe hinter dem Dorfe standen, lönte ihnen aus den anderen Höfen schon das helle Klingeln der Sensen entgegen, die auf den Dangelstöcken für die Arbeit des kommenden Tages geschärft wurden.

Im Streicher-Hof war der eifrigste Dangelser Sachse, der Kleinwecht. Jeden Abend suchte er sich einen anderen Platz, in den er das spize Fußende seines Dangelstöckes steck, und dangelte nach Herzenslust; bald nur leise antippend mit der spitzigen Seite des Hammers, als wäre die Sense ein fühlendes Wesen, bald wieder zuschmetternd mit dem Hammerkopf, als wollte er Sense und Dangelstock in den Erdboden schlagen. Und am andern Tage jammerie er beim Säen doch wieder alle fünf Minuten, daß seine Kruspel-Sense schon wieder nicht schneide, riß den Bauchstein aus dem hohlen Horn, daß er sich vor den Bauch gebunden hatte, und strich darauf los, daß die Funken sprühten.

Beim Gerstenhauen griff auch Lene zur Sense. Sie merkte bald, daß die Arbeit mit dem vierzünftigen „Gerüst“ schwieriger sei als Grassmähen mit der blanken Sense. Wenn das Gras hoch war und dicht stand und der Thau auf ihm lag, mußte man sich ja auch gehdrig anstemmen, um den Stahl gleichmäßig durchzudrücken, daß keine Schöpfe stehen blieben. Aber das Pantieren mit dem Gerüst war doch noch schwieriger. Schon die Stellung des Körperes war eine andere. Die schweren Holzjinken zogen die Sense nach vorn, und im letzten Augenblick mußte man der Sense einen Ruck geben, damit die gebogenen Holzstäbe des Gerüsts die abgehackten Halme frei gaben und gleichmäßig neben die bereits liegenden Schwaden fallen ließen. Dieser Ruck wollte Lene lange nicht gelingen, bis der gutmüthige Tagelöhner hinter sie trat, seine auf ihre Hände legte und ihr den Vortheil klar machte. (Fortsetzung folgt.)

Zeit durch die sonst so hübsche Geschichte der dänischen Arbeiterbewegung.

Im Jahre 1877 stellte das Ministerium Estrup — der dänische Bismarck — sein erstes provisorisches Finanzgesetz aus, d. h. er verwendete den Inhalt der Staatskassen zu ungesetzlichen Zwecken. Der Kampf mit den Volksvertretern begann, und in diesem Kampf fürchtete Estrup die neu entstandene Sozialdemokratie, besonders den Einfluss ihrer Führer Pio und Geleff. Um sich zu sichern, wandte er ein Mittel an, das die damalige Regierung ebenso schändet, wie diejenigen, die demselben zum Opfer fielen, Pio und Geleff wurden unter Androhung von Verhaftung und hohen Gefängnisstrafen zur Flucht gezwungen, von der Polizei mit 25 000 Kronen Reisegeld ausgestattet, Dänemark und Europa. Der harte Schlag, der dadurch die noch junge und wenig prinzipienfeste Bewegung traf, verursachte zunächst einen Rückgang und zeitigte alsdann eine anarchisch-revolutionäre Strömung, deren Organ, „Der Perold“, bis 1880 in ihrem Wackeltum begriffen war, während die Abonnentenzahl unseres Parteiorgans auf 2000 herabsank. Als jedoch 1881 Windblad die Redaktion übernahm, erfolgte ein erfreulicher Aufschwung. In drei Jahren stieg die Abonnentenzahl auf 13 000 und heute — 1896 — steht Windblad an der Spitze eines Blattes, das 28 000 Abonnenten besitzt und damit die einflussreichste politische Zeitung Dänemarks ist. In Kopenhagen fehlt sie an keinem öffentlichen Ort — von den eleganten Räumen des fashionablesten Hotel d'Angleterre bis zu den entlegensten Arbeiterschenken der Vorstädte.

Der vom Ministerium Estrup entfachte Verfassungskampf bekam für die dänische Arbeiterbewegung eine besondere Bedeutung, indem er das Bündnis mit den bürgerlich-radikalen hervorrief. Der bürgerliche Radikalismus mußte in diesem Kampfe alle Mienen springen lassen, um der Rechten die Landeshauptstadt zu entreißen, was ohne die Hilfe der Sozialdemokratie nicht möglich war. Eine Alliance mit einer bürgerlichen Partei ist in Deutschland leicht Mißverständnissen ausgesetzt.

In dem vorliegenden Fall muß vor allem bedacht werden, daß in Dänemark hinter dem bürgerlichen Radikalismus ein freihändlerischer Bauernstand steht, der einen bewußten und scharfen Gegensatz zu Junkern und Großkapitalisten bildet. Der Bauernstand ist in Dänemark, wo ein Reich von Genossenschafts-Weierereien und Schlägereien über das ganze Land gespannt ist, den sozialdemokratischen Ideen keineswegs unzugänglich. In mehr als einem Falle haben Hofbesitzer sozialdemokratische Kandidaturen unterstützt. Ob freilich die Alliance noch lange Zeit vorhalten wird, läßt sich schwer sagen — kann aber unsere Parteigenossen auch vollständig gleichgültig sein. Die Landarbeiter gehören ihnen, so weit sie politisch überhaupt gewacht sind, bereits vollständig; ihre Organisationen, ihre Presse, ihre Redner sind sozialdemokratisch. Unsere Ideen haben auf dem Lande in aller Ruhe tiefe Wurzeln schlagen können. Die üblichen reaktionären Nordgeschichten konnten — und das war ein großer Vorzug — gegen die Äußerungen der Bauern nicht in Anwendung kommen. Während unsere Genossen den städtischen Arbeitern und Handwerkern gegenüber vollständig freie Hand behielten, wurde ihnen die Landtagstaktik beträchtlich erleichtert. Heute kann sich die Linke in dem für die öffentliche Meinung des Landes so wichtigen Kopenhagen ohne die Hilfe unserer Partei nicht behaupten, wogegen diese auf dem Lande eine feste und durchaus selbständige Position errungen hat. Eine prinzipielle Verflüchtigung der dänischen Bewegung ist somit vollständig ausgeschlossen. Der „Sozialdemokratische Bund“, die politische Parteiorganisation, umfaßt gegenwärtig 200 Vereine, die rings in dem kleinen Lande vertheilt sind. Daneben geht eine prächtig florierende gewerkschaftliche Bewegung einher. In 710 Organisationen sind 42 000 Mitglieder vereinigt, die sämtlich durch eine Centralkommission mit einander in Verbindung stehen. Von der Regierung ist kein Mittel unversucht gelassen, um diesen Aufschwung zu verhindern. Man hat unter dem Namen „Der Sozialist“ ein Schmutzblatt ins Leben gerufen, das der Sozialdemokratie in den Rücken fallen sollte; man hat förmliche Streikbrechervereine gegründet; es ist verboten worden, Streikangelegenheiten öffentlich zu behandeln, ja, das Verbot ist sogar auf Privatbriefe ausgedehnt worden; Gewerkschaften sind verurtheilt worden, den Kapitalisten den durch einen Streik entstandenen Schaden zu ersetzen. Verlorene Diebstahlprozesse verhandeln die Unternehmer mit den Gewerkschaften als mit den natürlichen Vertretern der Arbeiterinteressen. Wührende Angriffe auf das Koalitionsrecht kommen nur noch vereinzelt vor und werden dann immer prompt zurückgeschlagen. So z. B. noch in den jüngsten Tagen von den eben erst organisierten ländlichen Arbeitern in den Kalkgruben von Falst.

Die dänische Sozialdemokratie hat heute, an ihrem Jubiläumstage ein Recht stolz zu sein. Aus einer kleinen Schaar, die gehäht, verhöhnt, todgeschwiegen, brutalisiert wurde, ist sie eine mächtige Partei geworden, die von ihren Anhängern geliebt, von ihren Freunden geschätzt, von allen aber in ihrer Stärke respektiert wird. Was in dem letzten Jahresjahrhundert für die materielle und geistige Hebung des dänischen Arbeiterstandes gethan worden ist, ist von ihr ausgegangen. Die Arbeiter haben unter ihrer Führung ihre eigenen Angelegenheiten verwaltet und die gesellschaftlichen Zusammenhänge erkennen gelernt; sie hat sich durch Uebersetzung wissenschaftlicher sozialistischer Literatur — so u. a. von Marx „Kapital“, Band I und II — sowohl ein geistiges, als ein politisches Verdienst erworben. So weit möglich, ist diese Literatur in billigen Broschüren den Arbeitern zugänglich gemacht; sie bildet den Nährboden der zahlreichen Diskussionsklubs in Kopenhagen, aus denen ein kräftiges, junges Agitatoren Geschlecht hervorgeht. Von dem, was die dänische Partei aus eigenem Hingezug hat, erwähnen wir vor allem die umfangreiche, weit verbreitete Programmproklama, in der alle politischen und sozialen Fragen Dänemarks im Geiste der Sozialdemokratie dargelegt sind. Daneben das außerordentlich gründliche, breit angelegte Werk unseres Genossen P. Knudsen über „Altersversorgung und Krankenversicherung“, das auch in den Kreisen der Fachgelehrten die verdiente Anerkennung gefunden hat. Kurz, welche Partei der öffentlichen Thätigkeit wir auch herausgreifen, und wohin wir auch blicken, in die Hauptstadt, in die Provinz, auf das Land: — überall steht das Auge ein Leben und Wachsen, das eine trotzliche Garantie für die Zukunft enthält. Die dänische Sozialdemokratie steht in dem großen internationalen Arbeiterheer, mit dem sie sich eins weis im Denken und Handeln, als eine wohlgerüstete und ausgeleitete Abtheilung da. Und als solche wird sie auch in der neuen Periode ihrer Existenz den Kampf weiter führen — bis zum Siege.

## Politische Ueberflucht.

Berlin, 27. Mai.

Däten für Reichstags-Abgeordnete sind, so lange das Deutsche Reich besteht, von verschiedenen Parteien gefordert worden. Neuerdings haben Zentrumsblätter wieder die Geltendmachung dieser Forderung angeregt. Die Mehrheit des Reichstags ist sicher dafür; aber ein reaktionäres Blatt, die „Neuesten Nachrichten“, glaube versichern zu können, daß die Regierung die Zustimmung zur Dätenzahlung zu einem Schachergeschäft auszunutzen versuchen würde. Was dafür eingehandelt werden soll, wird zwar nicht klar ausgesprochen, kann aber keinem Zweifel unterliegen. Das gepriesene sächsische Beispiel giebt den Weg an. Das Volk würde die Zahlung von Däten an seine Abgeordneten mit der Drangabe des allgemeinen Stimmrechts zu erkaufen haben. Die schlauen Geschäftsspekulanten dürften sich aber täuschen. Daß das Volk sich nicht für das Einseitige der Dätenzahlungen

sein Erstgeburtsrecht, das allgemeine Wahlrecht abschwächen läßt, dafür wird die Sozialdemokratie schon sorgen.

Das Unglück in der Kleophasgrube und die Bergpolizei. Wir hatten aus einem Artikel der „Nation“ mitgeteilt, daß die Bergpolizei in dem Bezirke der Kleophasgrube dem Eigentümer des Grubengebietes, dem Grafen v. Tiele-Windler, dem Schwiegervater des Ministers v. Berlepsch zustehe. Im „Reichs-Anzeiger“ sucht jetzt irgend jemand nachzuweisen, daß die Sache in schönster Ordnung sei. Nichts Ungesetzliches sei dabei im Spiele. Mit dieser feierlichen Auseinandersetzung kanonisiert der „Reichs-Anzeiger“ nach einer ganz falschen Richtung, wo der Angriff gar nicht herkam. Denn darüber muß mit recht Beschränkt gefürchtet werden, daß es bei uns gesetzlich zulässig ist, daß der Grubenbesitzer die Beamten ernannt, die die staatliche Grubenpolizei über den Betrieb der Grubenpächter ausüben. Aus den Ausführungen des „Reichs-Anzeigers“ selbst geht hervor, daß die herrschaftlich Myslowitz-Kattowitzer Aufsichtsbeamten zwar dem Ober-Bergamt als ihrer vorgeordneten Behörde Gehorsam schulden und den allgemeinen Staatsdienereid schwören, aber mit dem Zusatz, daß sie gleichzeitig auch dem Regalherren Treue und Gehorsam schulden. Der Tiele-Windler'sche Bergwerksdirektor also nicht von der Bergbehörde angestellt, sondern erst nachträglich in Eid und Pflicht genommen ist. Mit der Anstellung durch den Privatregal-Inhaber steht aber die Verpflichtung, als Aufsichtsbeamter das Interesse der Arbeiter gegen den Unternehmer zu wahren, in einem offenen Widerspruch. Da der „Reichs-Anzeiger“ selbst erklärt, über die Veranlassung zu dem beklagenswerthen Fall, bei dem 114 Mann zu Grunde gegangen sind, sei die gerichtliche Untersuchung noch nicht abgeschlossen, läßt sich zwar nicht behaupten, daß der Aufsichtsbeamte die Schuld an dem Unglück trägt. Aber selbst wenn er alles gethan hat, ist die Einrichtung, die ihn an solche Stelle gebracht hat, grundschlecht. Und diese Einrichtung muß geändert werden.

Das russische Krönungs-Manifest hat keinerlei Ueber-raschungen gebracht. Alle Andeutungen über den Inhalt des Manifestes, wonach es ein Regierungsprogramm mit einiger liberaler Färbung bilden sollte, haben sich nicht bewahrheitet. Es ist das Werk eines Autokraten, frei von jedem Zugeständnisse an den Konstitutionalismus. Damit ist die Hoffnung auf eine neue Aera in Rußland endgiltig aus der Welt geschafft, und bestätigt wurde, was wir stets behaupteten, daß die Herrschaft Nikolaus II. sich, soweit es auf den Willen des Kaisers ankommt, in nichts von der Regierung seines Vorgängers unterscheiden wird. Das Manifest des Jaren eröffnet trübe Aussichten für Rußland. Das russische Volk geht schweren Kämpfen entgegen, es wird bloß auf sich vertrauen und den Gegensatz gegen den Jarkismus in der schärfsten Weise betonen müssen. In einem Punkte ist das Manifest Nikolaus, des Zweiten weitergehender als das Krönungsmanifest seines Vorgängers, die Begnadigungen erstrecken sich diesmal auch auf politische Verurtheilte. Irgendwie ausreichend ist der Begnadigungsakt nicht, denn zahllose Opfer der Willkür werden auch weiter in Sibirien und in den Kertern des Jaren schmachten. Soweit sich das Manifest auf Begnadigungen bezieht, lassen wir es hier folgen:

Erlassen werden Steuererlässe für das europäische Rußland und für Polen, die Grundsteuer wird auf 10 Jahre auf die Hälfte herabgesetzt, Geldstrafen werden erlassen oder ermäßigt, Forderungen des Staates verschiedener Art werden niedergeschlagen. Ferner werden erlassen Verurtheilungen für leichtere Vergehen, welche mit Ermahnung, Verweis, Geldstrafe bis zu 300 Rubeln oder mit entsprechender Haft bezw. Gefängniß bedroht sind; ausgenommen sind Diebstahl, Unterschlagung, strafbarer Eigennuß, Diebstahl, Erpressung, leichtsinniger Wankert, Vergehen gegen Ehre und Gesundheit. Die nach Sibirien Verbannten können nach Ablauf von zwölf Jahren nach dem Eintreffen daselbst, die nach entfernteren außer-sibirischen Gouvernements Verbannten nach zehn Jahren einen freien Aufenthaltswahl wählen mit Ausnahme der Hauptstädte und hauptstädtischen Gouvernements und ohne Wiederherstellung ihrer Rechte. Verbrecher, welche in Sibirien oder in entfernteren Gouvernements internirt oder an bestimmte Wohnorte gefesselt sind, erhalten ein Drittel Strafmäßigung. Die zur Anstehung Verschickten sollen nach 10, sondern schon nach 4 Jahren Bauern werden. Die zu Zwangsarbeit Verurtheilten erhalten ein Drittel Straferlaß. Die Strafe einer lebenslänglichen Zwangsarbeit wird in zwanzig-jährige herabgemindert. Ferner werden eine große Reihe anderer Strafmilderungen und eine Milderung der Verurtheilung befohlen. Der Minister des Innern ist ermächtigt, im Einverständnis mit dem Justizminister über die Strafen der Staatsverbrecher, welche nach Art ihrer Schuld oder wegen guten Betragens oder Reue eine Strafmilderung verdienen, die über die allgemeine Amnestie hinausgeht, besonders zu berichten, ebenso der kaiserlichen Entscheidung Gesuche um Wiederherstellung der Geburtsrechte solcher Verschickten, welche nach Verbüßung der Verbannung sich durch maßloses und arbeitsames Leben ausgezeichnet haben, zu unterbreiten. Der Minister des Innern wird ferner ermächtigt, die kaiserliche Entscheidung anzurufen über das Schicksal der wegen Staatsverbrechen auf administrativem Wege Bestraften, welche durch ihr Betragen, die Art ihrer Vergehen oder durch ihre Reue Rücksicht verdienen. Staatsverbrechen, welche nach dem Befehle nicht verjähren, werden außer Verfolgung gesetzt, wofür seit der Straftat 15 Jahre verlossen sind. Flüchtlinge aus dem Jarthum Polen und aus den Westgouvernements, welche keine Todesurtheile, Mißhandlungen, Raub oder Brandstiftung zur Unterstützung des polnischen Aufstandes begangen haben, werden, wenn sie in das Vaterland zurückkehren und den Eid der Treue leisten, von der durch Manifest vom 13. Mai 1888 angeordneten Polizeiaufsicht befreit; denselben wird freie Wahl des Aufenthaltswortes gewährt. Flüchtlinge, welche sich der genannten Verbrechen schuldig gemacht haben, unterliegen einer dreijährigen Polizeiaufsicht an einem vom Minister bestimmten Orte.

In den neuesten Enthüllungen über Tropenkolle in Deutsch-Ostafrika, die von dem Afrikareisenden Eugen Wolf an die Öffentlichkeit gebracht waren, um die Werther'sche Expedition zu verhüten, wurden auch von anderer Seite Beiträge geliefert. Ein Redakteur des „Hannoverschen Anzeigers“ hat bei wohlunterrichteten Personen Erkundigungen über die Sache eingezogen und theilt nun folgendes mit:

Der Zug in das Goldland wird zu einem Raub-zug werden. Das ein solcher, selbst wenn die Expedition wohl-behalten die Küste wieder erreichen würde, für die nach schweren Kämpfen mühsam wieder hergestellte Ruhe nicht förderlich sein kann, liegt auf der Hand. Seit 1886 sind wir in

Ostafrika aus den Kämpfen nicht herausgekommen, und nun sendet man einen hinaus, der nur zu wahrscheinlich bewirken wird, daß der Lang von frischem losgeht, einen Menschen, dem der Schauspieler im Blute steckt und der uns noch in Ostafrika eine Tragödie aufzuführen wird, deren Abschluß Ströme von Blut bilden können. Für die Bemerkung, daß die Anklagen des Herrn Wolf doch nicht unbedacht bleiben könnten, hatte unser Gewährsmann nur ein ungläubiges Lächeln. Gegen das Verurtheilungssystem, das heute herrsche, werde vielleicht auch Herr Wolf vergebens ankämpfen. Im Auswärtigen Amte liegen genug Beschwerden gegen Lieutenant Werther, auch Chef Reue habe eine Beschwerde gegen Werther in Empfang genommen und über diese an Freiherrn v. Scheele Bericht erstattet, und es gebe auch einen Zeugen dafür, daß Lieutenant Werther persönlich den Denker gespielt habe. An Material, das viel gravirender sei als das Wolf'sche, sei kein Mangel, aber ohne einen starken Druck durch die öffentliche Meinung werde es im Staube der Archive verschwinden. Das Auswärtige Amt habe ja eine Rücken-deckung an Wisman, der, als er befragt wurde, ob er gegen Werther Bedenken hege, dies selbstverständlich verneinte, weil er zur Zeit der Thaten Werther's sich weit weg vom Schauplatz derselben am Tanganika befand.

## Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Vor der 2. Strafkammer des Landgerichts Berlin II hatte sich am 27. Mai der Kuchbäcker Wilhelm Blank aus Spandau wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Er war wieder einmal die politische Kannegießerei am Bierische, welche den recht harmlosen, ziemlich beschränkten Mann auf die Anklagebank gebracht hatte. Am 21. April sah Blank mit anderen Arbeitern in einem Lokal der Schwabwalderstraße in Spandau. Es kam zu einem politischen Disput, der sich auch auf die beiden Kaiser Friedrich und Wilhelm II. ausdehnte. Während der Angeklagte den Kaiser Friedrich als einen wahren Freund des Volkes darstellte, setzte er den Kaiser Wilhelm II. zwar nicht in beschimpfender, aber doch nach der Beamtenauffassung beleidigender Weise herab. Die Sache wurde von einem der Teilnehmer an dem Disput angezeigt und das Ende vom Liede war, daß der Angeklagte zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde.

In Hannover verhandelte die Strafkammer I. des Landgerichts am 22. d. Mts. gegen den Abdeckergehilfen Carl Schmidt aus Rodenberg wegen Majestätsbeleidigung. Gleichzeitig war damit auch noch eine Anklage wegen Verhöhnung eines Gendarmen und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt verknüpft. Die Verhandlung, welche bei verschlossenen Thüren stattfand, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu 9 Monaten Gefängniß.

Der Schlosser Emil Waldmann war von der Frankfurter Strafkammer am 9. Januar 1896 zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Auf eingeleitete Revision ist dieses Urtheil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das königliche Landgericht zu Wiesbaden verwiesen worden. Die Verhandlung am 23. Mai führte zu Waldmann's Freisprechung. Die Kosten sind auf die Staatskasse übernommen. Verteidiger war Rechtsanwalt Dr. Löwenthal.

## Deutsches Reich.

— Streit im Freihandelslager. Selbst die, die unter dem Banner St. Manchesters den Vertheidigungskampf führen, empfinden den zersetzenden Einfluß der Zeit. Die „Freisinnige Zeitung“ hatte vor einiger Zeit ihrem Unmuth über die „Freihandels-Korrespondenz“ Luft gemacht, deren Ausführungen theils zu breit, theils zu veraltet seien. Jetzt vergilt die „Freihandels-Korrespondenz“ den Angriff mit dem Nachweis, daß die „Freisinnige Zeitung“ der Korrespondenz in den Jahrgängen 1891 bis 1893 nicht weniger als 110 Artikel entnommen habe.

Herr Eugen Richter wird aus diesem Vorkommniß wohl die Lehre entnehmen müssen, daß man vor allem nicht nach solchen Glashäusern mit Steinen werfen muß, aus denen man seine eigenen Schmutzgewächse bezieht.

— Der Raumburger Oberstaatsanwalt am Oberlandesgericht hat auf eine von dem Genossen Lankau in Magdeburg eingereichte Beschwerde geantwortet: „Auf Ihre Beschwerde vom 12. d. M. finde ich mich nicht veranlaßt, gegen den Ersten Amtsanwalt Ehreke wegen der von ihm im Hauptverhandlungstermin vom 6. März d. J. zur Begründung des gegen Sie gestellten Strafantrages gethane Neuerung, „Ihre Handlungsweise zeuge von ehrlöser Gesinnung“, im Aufschlusse einzuschreiten. Ob seine Auffassung richtig war oder nicht, kann völlig dahingestellt bleiben, jedenfalls war sie es nach seiner Ueberzeugung, und es kann den Beamten der Staatsanwaltschaft nicht verwehrt werden, zur Begründung der von ihnen am Schlusse einer Hauptverhandlung zu stellenden Strafanträge dasjenige vorzutragen, was sie nach pflichtmäßiger Ueberzeugung hierzu für erforderlich halten.“ Genosse Lankau wird sich nunmehr an den Justizminister wenden. Es muß durch alle Instanzen zum Austrage gebracht werden, ob es einem Staatsanwalt gestattet sein darf, eine Kritik politischer Einrichtungen und Personen, mag sie auch noch so scharf ausfallen, als eine Ehrlosigkeit zu brandmarken.

Wien, 26. Mai. Felix Freiherr v. Los, Mitglied des Hauses der Abgeordneten und Präsident des Rheinischen Bauernvereins, ist heute Nachmittag gestorben. Herr v. Los galt als Führer der westfälisch-rheinischen Agrarier in der Zentrums-partei.

— In der bayerischen Abgeordnetenkammer hat sich Finanzminister Freiherr v. Riedel am vergangenen Freitag in scharfer und offener Weise gegen die maßlosen agrarischen Forderungen ausgesprochen. Die „Münchener N. Nachr.“ fassen ihr Urtheil über den Verlauf der Freitag's-Sitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer in folgenden Sätzen zusammen:

... Freiherr v. Riedel hob an mit der Brandmarlung der „heißtilligen Agitation“, die auf dem Lande getrieben werde, die das Urtheil trübe und der Landwirtschaft nur Unglück bringe. Der Minister wies dann im einzelnen nach, welche bedeutenden Opfer in Bayern bereits für die Landwirtschaft gebracht sind, und wie falsch die Behauptung ist, daß das Land mit Steuern höher belastet sei, als die Städte. Seit 1848 hat der Staat, d. h. die Steuerzahler, für Tilgung der Boden-zinsschuld 46 Millionen Mark aufgebracht. Von 1893 bis 1896 sind die Grundsteuern nur um 6 v. H. die übrigen Steuern aber um 28 v. H. erhöht worden, zu der Zunahme der Gesamtstaats-einnahmen von 1876 bis 1896 um 129 Millionen haben die Grund- und Kreissteuer so gut wie nichts beigetragen. Der Minister wies weiter an einzelnen schlagenden Beispielen nach, wie die Städte um das Vielfache mehr belastet sind als das Land. Die Landwirtschaft hat doch kein Recht, ein Geschenk auf Kosten anderer Staatsangehöriger zu erhalten.

## Oesterreich.

Wien, 27. Mai. Abgeordnetenhause. Von den Abgeordneten Raizl und Fernerstorfer wurden betreffs des blutigen Zusammenstoßes zwischen den ausständigen Arbeitern und der Gendarmen in Dörfel bei Reichenberg Dringlichkeitsanträge gestellt, über welche am Schluß der heutigen Sitzung verhandelt werden soll.

Leuberg, 26. Mai. („Magdeburg. Bg.“). Der christlich-sozialer Agitator Pater Stojalewski, der kürzlich erst eine dreiwöchentliche Arreststrafe verbüßt hatte, wurde neuerdings verhaftet.

## Frankreich.

Paris, 23. Mai. (Sig. Per.) Ein Rundschreiben Meline's enthält folgende Angaben über das Nachsthum der Land-

**Wirtschaftlichen Produktion in Frankreich:** während der Jahrzehnte 1872—1881 lieferte die Getreide-Ernte durchschnittlich im Jahre 100 296 000 Hektoliter, während des Jahrzehnts 1882—1891 stieg der durchschnittliche Ernte-Ertrag auf 107 068 000 Hektoliter im Jahr, und während des Jahrzehnts 1892—1896 auf 112 327 000 Hektoliter. Die jährliche Haferproduktion betrug durchschnittlich 76 106 000 Hektoliter von 1872—1881 und 81 100 000 Hektoliter von 1882 bis 1896. Noch bedeutender ist das Wachstum der Kartoffel-Produktion: in den drei bezeichneten Perioden betrug sie im Jahresdurchschnitt 81 500 000, 106 600 000, 127 322 000 Doppelzentner. — Daß der Agrarier Meline über diese Zahlen nicht weniger als erfreut ist, versteht sich von selbst. „Mit dem Produzieren allein ist es nicht gethan,“ heißt es naiv im Mundschreiben des Brotverkäufers. „Vor allem komme es dem Landwirth auf einen „vortheilhaften“ Preis an: die Marktpreise sind aber unglücklich erweise erblich gesunken... es scheint am nöthigen Abfah zu fehlen...“ Neben dem grynischen Bedauern der Verbilligung des Getreides, von der übrigens die Brotkonsumenten nicht oder wenig profitieren, ist das Eingeständniß des Hochschützjägers werthvoll, daß die Getreidezölle, die Produktion künstlich einspornend, schließlich die Hoffnungen der agrarischen Plasmacher getrübt haben. Als Mittel zur Wiederherstellung „vortheilhafter“ Preise empfiehlt Meline vornehmlich die Abmähmung von Schlachtvieh mit Getreide und Kartoffeln. Wenn er nicht gleich eine Erhöhung der Getreidezölle in Aussicht nimmt, so nur deshalb, weil ihm sein Ministerpostensieck noch viel lieber ist als die Interessen der „Landwirthschaft“. Die industrielle Bourgeoisie beginnt bereits die Regierung vor etwaigen Schutzplänen zu warnen. Die „Gesellschaft für industrielle und Handelsökonomie“ hat soeben dem Handelsminister eine Resolution überreicht, worin sie zwar dem Ministerium ihre Unterstützung verspricht für alle Maßnahmen, welche geeignet wären, das Wachstum des Sozialismus zu hemmen. „Sie sei aber nicht minder fest entschlossen, jede protektionistische Maßnahme zu bekämpfen. Sie will hoffen, daß das Ministerium, welches nur deshalb am Ruder ist, weil es sich geneigt gezeigt hat, den Sozialismus zu bekämpfen, die Gelegenheit nicht dazu benutze, den Protektionisten neue Begünstigungen zu gewähren.“

Das ruhige Regieren während der Parlamentsferien geht zu Ende. Mit dem Wiederzusammentritt der Kammer am 23. Mai beginnt der dornenvolle Weg, auf dem das Ministerium über kurz oder lang wundenbedeckt seinen letzten Pauch ausathmen wird. Für ein paar recht scharfe Dornen haben unsere Genossen bereits gesorgt. Der sozialistische Abgeordnete Clovis Hugues wird den Minister des Innern interpelliren über die merkwürdige Sanftmuth der sonst so brutalen Polizei gegenüber den bonapartistischen Manifestanten vor der Vendömsäule. Er wird um Auskunft bitten, warum die „republikanische“ Polizei nicht dieselbe Sanftmuth bei Rundgebungen sozialistischer Republikaner an den Tag legt. — Genosse Rouanet wird den Kriegsminister interpelliren über die Wiederaufnahme in den Intendantendienst des Generalintendanten Baratier, des Gönners von offiziellen Lieferungs-schwindlern. Rouanet wird auch interessante Dokumente zur Beleuchtung des in der militärischen Verwaltung herrschenden Panamismus beibringen.

Am 30. Mai wird hier ein Banket sozialistischer Gemeinderäthe stattfinden zur Feier der sozialistischen Siege bei den Gemeindevahlen. Neben den Vertretern der sozialistischen Gemeinderäthe von ganz Frankreich werden am Banket auch die sozialistischen Abgeordneten teilnehmen.

Die französische Bourgeoisie wird immer mehr sozialist. Die Moskauer Ordnungseier hat, nach dem Ausdruck eines radikalen Blattes, die Zarenbegeisterung der Bourgeoisie bis zur Zarenvergötterung gesteigert. Es hagelt förmlich von alleruntertänigsten Glückwunschschräben der berufensten Organe der Bourgeoisie, wie die Handelskammern; die Prästulid der Bourgeoisie schreiben begeistert Lobes- und Segensworte in Prosa, in mehreren Städten werden die Wärsen und die Magazine am Ordnungstag geschlossen sein, in Paris wird die Bourgeoisie zu Ehren des Pampers aller Straßen schlagen... Nicht genug damit, erklärt der „republikanische“ Unterrichtsminister, Professor Rombaud, auf Anregung des monarchistischen Arthur Meyer, Herausgeber des Courrier, den Ordnungstag für einen Schulferienstag! Die „Petite République“ fragt, wie sich die Schuljugend das Feiern der Krönung eines Monarchen mit dem Feiern der Entkrönung eines Monarchen am 14. Juli zusammenreimen soll... Die Krönerei vor dem Jaren trägt einen so spontanen Charakter, daß man sie unmöglich einzig durch diplomatische Rücksichten erklären kann. Es ist übrigens kein Geheimniß mehr, daß die Bourgeoisie, durch die Angst vor der wachsenden Macht des Sozialismus gepeiniget, die republikanische Regierungsform nur noch als ein notwendiges Uebel betrachtet.

**Paris, 26. Mai. (Fig. Ver.)** Die alljährliche Trauer- und Gedächtnisfeier auf dem Père Lachaise zum Gedächtnis der hingerichteten Kommunehelden hatte diesmal, an der fünf- undzwanzigjährigen Wiederkehr der blutigen Rainwoche, einen überaus imposanten Charakter. Die Zahl der Theilnehmer wird auf 20—25 000 geschätzt. Sämmtliche sozialpolitischen Organisationen, ohne Unterschied der Richtung, fanden sich an der „Mauer der Helden“ zusammen, geeinigt durch den Gedanken an die heldenmüthigen Vorkämpfer des Proletariats.

Angesichts der massenhaften Theilnehmung mußte Prästulid Papine, den bisherigen Gefangenheiten entgegen, der ganzen Menge den Einlaß in den Kirchhof gewähren. Die aufgebotene Polizei- und Militärmacht beschränkte sich auf kleinliche Chikanerien. Neben durften freilich keine gehalten werden. Genosse Vaillant protestirte in kurzen Worten gegen die Gewalt, die die Sozialisten hindert, frei ihre Toten zu ehren. Vom Polizeikommissar unterbrochen, schloß er mit dem Rufe: „Es lebe die Kommune!“ Mit dem gleichen Rufe wurden die unzähligen Kränze an der Mauer der Helden befestigt. Der prächtige rote Jarmortellen-Kranz der sozialistischen Kammerfraktion wurde von den Deputirten Jaurès, Gerault, Richard und Viviani bis an die Mauer getragen unter tausendstimmigen Hochrufen auf die sozialistische Union und die soziale Republik.

Drei Kränze wurden vom Nationalrath (Partei Vorstand) der französischen Sozialdemokratie im Namen der russischen Genossen niedergelegt: die Arbeiter von 28 Moskauer Fabriken, Petersburger Arbeiter und 88 Ver- eine russisch-jüdischer Arbeiter hatten dem Nationalrath zu diesem Zwecke 100 Rubel übermittelt nebst Sympathie-Adressen aus Anlaß des 26jährigen Gedächtnistages der Kommune. So reichen die russischen Proletarier ihren französischen Brüdern die Hand, während die herrschenden Klassen Rußlands und Frankreichs einträchtig auf dem Bauche vor dem Jaren liegen.

Alles verlief ohne jeden erwähnenswerthen Zwischenfall. Die Polizei hatte offenbar keine provokatorischen Instruktionen erhalten, was wohl auf die bevorstehende Interpellation des sozialdemokratischen Abgeordneten Clovis Hugues zurückzuführen sein wird.

Der Minister des Innern hat einige bedeutsame Änderungen im Prästulidpersonal vorgenommen. Der Prästulid Douy, berüchtigt wegen seiner provokatorischen Thätigkeit während des Ausstandes in Carmaux, erhält eine Rang- erhöhung. Bourgeois hat ihm bekanntlich aus dem Departement Tarn nach dem minder bedeutenden Departement Corrèze versetzt. Dagegen ist der von Bourgeois an Douy Stelle ernannte Prästulid Manacoffagne seines Amtes enthoben worden. Die ministerielle Presse kommentirte freudig und wahrheitsgemäß diese Maßregelung als eine Bestrafung des

Prästulid dafür, daß der Gemeinderath von Albi aus opportunistischen in sozialistische Hände überging. Das gleiche Schicksal trifft ein paar weitere Prästulid, die Gesez und Recht nicht zu gunsten der Ordnungsmächtige beugten. ... Barthou, der es mit dem schneidigen Regieren so eilig hat, wird sich für diese Willkürakte zu verantworten haben. Jaurès hat ihm soeben über die Eindringung einer bezüglichen Interpellation benachrichtigt.

Die bonapartistischen Bundesgenossen des Kabinet Meline werden ungeduldig. Wie die „Petite République“ erzählt, haben die bonapartistischen Abgeordneten beschloffen, dem Ministerium ihre Unterstützung zu versagen, falls es die Rentensteuer vorschläge und die vom radikalen Kultus- minister verfügte Suspendirung des Gehalts einer Anzahl von Geistlichen aufrecht erhalten sollte. Außerdem verlangen sie die Abberufung oder Versetzung einiger ihnen mißliebiger Gerichts- beamten. — Mit Meline — aber nur für den Geldsak und die Kirche! — Das die Lösung der regierungsfreundlichen Monarchisten.

Die arbeitserindliche Politik Meline's treibt weitere Wäthen. Nach den Arbeitern der Waffensabrik von Poteauy kommen die Jüandhölzlichen Arbeiter an die Reihe. Die unter dem radikalen Kabinet angeordneten humanen Maßnahmen, darunter die Gratislieferung eines Liters Milch täglich an das Arbeiterpersonal zur Verhütung des Rierfieberbrandes, werden von der Administration nicht mehr durchgeführt. Die Arbeiter wenden sich nun an den früheren Finanzminister Doumer (die Jüandhölzlichen-Fabriken stehen unter der Leitung des Finanzministeriums) mit der Bitte, ihnen bei seinem Nachfolger Cocheris zu ihrem Rechte zu verhelfen. —

**Paris, 26. Mai. (Fig. Ver.)** In seiner gestrigen Tisch- rede auf dem Banket zu Melun begünstigte sich Leon Bourgeois nicht mit der Entwicklung des radikalen Aktions- Programms. Das anerkannte Haupt der radikalen oder, wie er sie zutreffend umlaufen möchte, der „fortschrittlich-demokratischen“ Partei hielt es auch für nöthig, wieder einmal zum Sozialismus Stellung zu nehmen. Er griff dabei das abgedroschene Argument der französischen Sozialistenidder auf, die den Sozialismus als dem „französischen Nationalgeiste“ widersprechend erklären... Dieser neue Ausfall gegen den Sozialismus in einer Programm- rede, die sonst auf die Vereinigung aller oppositionellen Kräfte zum Kampfe gegen das Kabinet Meline abzielt, kommt nicht von ungefähr. Die unter dem radikalen Ministerium ent- standene Spaltung der bürgerlichen Republikaner in zwei feindliche Lager und andererseits das Zusammengehen der Radikalen und Sozialisten in der Kammer, wie vielfach bei den Gemeinderaths-Wahlen haben den ersten von seiten der Ordnungspartei den Vorwurf eingebracht, sie marschirten im Schlepptau des Kollektivismus. Ein gefährlicher Vorwurf nicht nur in den Augen des gut bürgerlichen Gros der radikalen Partei, sondern auch in den Augen des linken Flügels dieser Partei, der sich offiziell „sozialistisch-radikal“ nennt und dessen Sozialismus lediglich in einigen sozialistischen Forderungen besteht, als da sind: Verstaatlichung des Bankwesens, der Bergwerke und Eisenbahnen. Unmittelbar nach den Gemeinderaths-Wahlen entbrannte daher eine lebhafteste Preßpolemik, in welcher die bedeutendsten radikalen Organe den Kollektivismus nach Kräften abschüttelten, durchweg mit denselben Argumenten, die dem deutschen Leser aus Eugen Richter's sozialistenidderischen Schriften satfam bekannt sind. René Goblet, der Vorsitzende der sozialistisch-radikalen Kammerfraktion, veröffentlichte die halbvergeßene Prinzipien-Erklärung dieser vor zwei Jahren entstandenen Fraktion, worin u. a. zu lesen ist: „Wir weisen entschieden die kollektivistischen Lehren zurück und erblicken vielmehr den gesellschaftlichen Fortschritt darin, den Industriellen wie landwirthschaftlichen Arbeitern immer mehr den Zutritt zum Privateigentum zu erleichtern.“ Bourgeois' antiformalistische Erklärungen haben somit keine weitere Bedeutung, als die radikalen Angstmeier zu beschwichtigen und den wider besseres Wissen erbobenen opportunistischen Vorwurf zu entkräften. In politischer Beziehung ist nach wie vor das thatsächlich, durch seine Verabredungen und Bedingungen sanktionirte Zusammengehen der bürgerlichen Demokratie und der sozialistischen Partei eine von selbst gegebene Nothwendigkeit. Das wurde auch von Bourgeois mehr oder minder deutlich ausgesprochen.

Im übrigen ist die reinliche theoretische Scheidung zwischen Radikalismus und Sozialismus nur zu begrüßen. Unsere fran- zösischen Genossen verlangen nur, daß die Radikalen konsequent bleiben und nicht im Interesse eines Wahlerfolges — wie das auch in den Gemeinderaths-Wahlen wiederholt vorgekommen ist — das populäre Banner des Sozialismus aufhissen.

### Italien.

**Rom, 24. Mai. (Eigener Bericht.)** Im italienischen Parlament ist der Antrag Canallotti's, daß dem Hause die Akten des von Cavallotti gegen Crispi angestregten Prozesses wegen Bestechung des letzteren durch die römische Bank und wegen des Verkaufes italienischer Orden an Ausländer zur Beschluß- fassung vorgelegt würden, durch Vertagung beseitigt worden. Der Prozeß war bekanntlich dadurch abgedroht worden, daß der Gerichtshof sich in der Sache inkompetent erklärt hatte. Die Kammer, der damit die Entscheidung zufiel, hatte indeß, da sie unter dem Einfluß Crispi's gewählt worden ist, keine Lust, von der ihr zustehenden Kompetenz Gebrauch zu machen, und die Regierung, welche vor dem Skandal, mit welchem eine Entscheidung verbunden sein würde, zurückschrecken, begünstigte die ablehnende Haltung der Kammer. Dagegen wurden der Kammer die Ergebnisse einer administrativen Untersuchung über verschiedene von Crispi begangene Budgetüberschreitungen und über die unrechtmäßige Entnahme größerer Summen aus verschiedenen unter der Aufsicht des Ministeriums des Innern stehenden Kassen vorgelegt, weil die Kammer das rechtswidrig verursachte Defizit von einigen hunderttausend Franks durch Nachbewilligungen decken muß. Unter anderen hatte Crispi die Kasse ausgeleert, in welcher die den Sträflichen abgenommenen oder von ihnen durch Gefängnisarbeit verdienten Gelber bis zur Beendigung der Strafzeit aufbewahrt werden. In dieser Weise hatte sich Crispi die Mittel zu einer ausgedehnten Bestechung der in- und ausländischen Presse zu verschaffen gewußt, zu welcher der Dispositionsfonds, obwohl reichlich bemessen, nicht mehr ausreichte. Noch unmittelbar vor seinem Abgang soll er zu diesem Zweck reichlich Gelber vertheilt haben.

Von außerparlamentarischen Vorgängen ist der große Aus- stand der Strohhäckerinnen in der Umgegend von Florenz bemerkenswerth. Die Strohhäckerin ist in der Um- gebung von Florenz, in welcher die für sie erforderliche befondere Art von Stroh gewonnen wird, eine sehr alte, aus der Landwirtschaft hervorgewachsene Industrie, die zuerst als Hausindustrie betrieben wurde, jetzt aber zum größten Theil von Unternehmern in großen Werkstätten konzentriert worden ist. Die Unternehmer hatten angeblich wegen der Minderung des Absatzes durch auswärtige Konkurrenz in verschiedenen kleinen Santhäden bei Florenz einen Theil der Arbeiterinnen entlassen. Dies führte zu einem allgemeinen Aus- stand respektive zur Anwendung von Gewalt gegen diejenigen Arbeiterinnen, welche die Arbeit fortsetzen wollten. Die Hinzufuhr von Stroh nach den Werkstätten wurde durch die ausländischen Arbeiterinnen verhindert, daß auf dem Transport von ihnen vorgefundene Material wurde verbrannt, Transporthägen wurden zum Zweck der Untersuchung angehalten u. s. w. Die Behörden haben gegen die Arbeiterinnen, besonders wenn diese Versammlungen abhalten wollten, mit Infanterie und Kavallerie manduirte, nicht immer mit Erfolg. Der Ausstandsbezirk ist sehr ausgedehnt, die Zahl der ausländischen Arbeiterinnen beläuft sich auf mehrere Tausend. —

**Rom, 26. Mai. Deputirtenkammer.** Die Berathung über das Kriegsbudget wird fortgesetzt. Bei dem Kapitel „Aus-

gaben für Afrika“ beantragt Jmbriani die Streichung von einer halben Million Lire als Bestätigung der Absicht, die Kolonien zu räumen.

Ministerpräsident di Rudini bringt eine Vorlage ein, durch welche das Gesez, betreffend die politischen Wahlen, in dem Sinne abgeändert wird, daß die höheren Offiziere des Heeres und der Flotte ihr Mandat zur gesetzgebenden Körperschaft verlieren, sowie daß solche unwählbar werden, sobald sie zu den in Kriegzeiten mobilisirten Truppen gehören. Der Kriegsminister erklärte, die Regierung nehme den Antrag Jmbriani nicht an, denn die Regierung gedenke die Kolonien nicht aufzugeben, sie wolle sich vielmehr daselbst innerhalb der von ihr erklärten Grenzen in militärischer Beziehung wie auch hinsichtlich der Zivilverwaltung befestigen; die Regierung beabsichtige auch, für den Augenblick Kassala zu behalten unter dem Vorbehalt, daß sie einen endgültigen Beschluß hierüber in einigen Monaten fassen werde. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird der Antrag Jmbriani auf Streichung von 1/2 Million Lire von den Ausgaben für Afrika in namentlicher Abstimmung mit 169 gegen 24 Stimmen abgelehnt. —

**Rom, 27. Mai.** Der Antrag auf Genehmigung der straf- rechtlichen Verfolgung des Generals Baratier ist heute Vormittag veröffentlicht worden. In demselben wird die Ueberweisung Baratier's an ein Kriegsgericht gefordert, vor dem er sich wegen Verbrechen gegen die Artikel 74 und 88 des Militär-Strafgesetzbuches und wegen der Anklagen verantworten soll, daß er am 1. März 1896 aus unentschuldigten Gründen einen Angriff unternommen habe, obwohl die damalige Lage eine Niederlage unvermeidlich machte, und daß er ferner den Oberbefehl in der Zeit vom 1. März 1896, 12 1/2 Uhr mittags, bis zum 3. März, 9 Uhr vormittags, nicht ausgeübt und es ebenso unterlassen habe, geeignete Instruktionen zu geben, um die Folgen der Niederlage abzuschwächen. —

### Rußland.

— In Warschau sollen 60 Sozialisten verhaftet worden sein. —

### Türkei.

**Konstantinopel, 27. Mai.** Nach hier vorliegenden zu- verlässigen Nachrichten aus Kreta wird die Schuld an den Straßenkämpfen in den kretensischen Städten und an dem Eindringen der Mohammedaner in christliche Häuser Kanea's hauptsächlich dem vom Lande in die Städte geflüchteten Mohame- danern beigemessen. Das Konsularkorps, welches seine betrefrenden Staatsangehörigen nur schwer zu schützen vermag, bezeichnet die gegenwärtige Lage auf der Insel als äußerst kritisch und erklärt weiteren Schutz ohne fremde Kriegsschiffe für unmöglich. Diesem Wunsch ist inzwischen von mehreren Staaten Rechnung getragen worden. Die Pforte entsendet sechs Bataillone und zwei Kriegs- schiffe nach Kreta. Die für den 29. d. Mts. verfügte Einberufung des kretensischen Landtages dürfte angesichts der Ausdehnung, welche die Unruhen genommen haben, abermals vertagt werden. Der bisherige Verlust der türkischen Truppen wird auf 180 Mann angegeben. —

### Afrika.

— Verbot der Anwerbung von Arbeitern in Ostafrika zum Zwecke der Ausfuhr nach fremden Gebieten. Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat am 28. März in Dar-es-Salaam folgende Verordnung erlassen: „Die Anwerbung von Arbeitern in Deutsch-Ostafrika zum Zwecke der Ausfuhr derselben nach fremden Gebieten wird hierdurch ver- boten. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu 3000 Rupien, Gefängniß bis zu 3 Monaten, allein oder in Verbindung mit einander, bestraft. Diese Ver- ordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.“

Unter dieser „Anwerbung von Arbeitern“ zur Ausfuhr nach fremden Gebieten verdirgt sich ein thafschlicher Sklaven- handel. Um wirksam den Sklavenhandel zu bekämpfen, müßte aber auch die Einfuhr solcher Rallis verboten werden. —

— Sklaventortur in Kongostaat. Wie sehr es nothwendig ist, der Kuliwirthschaft ein Ende zu machen, geht aus einer Veröffentlichung im „United States Magazine“ hervor, in der Kapitän Salisbury, der selbst in den Diensten des Kongostaates gestanden, hat als Augenzeuge über die Zustände am Kongo berichtet. Die Schwarzen, schreibt Kapitän Salisbury, die die kongostaatlichen Beamten in Sierra Leone, an der Gold- küste und in Lagos anwerben, werden mit der äußersten Grausamkeit behandelt. So wurden einige, weil sie sich weigerten, beim Landen des Schiffes, das sie nach dem Kongo staate führte, aufzuksteigen, einfach niedergeschossen. Und doch waren die Schwarzen im Rechte, denn sie weigerten sich deshalb an Bord zu gehen, weil sie erfahren hatten, daß man sie als Soldaten verwenden wollte und nicht als Arbeiter, als welche man sie angeworben hatte. Kapitän Salisbury erzählt, wie er selbst in Roma Zeuge davon gewesen ist, wie die farbigen Soldaten hunderte von Peitschenhieben mit jener teuflischen Erfindung, einer aus Rinder- oder Flußpferdhaut gefertigten Peitsche, „chicot“ genannt, erhielten, sobald sie blutüberströmt zusammen- brachen. Selbst die Frauen und Kinder der farbigen Soldaten werden täglich mit dieser „Hollerpeitsche“ bearbeitet. Die in der Sierra Leone und an der Küste verpflichteten Soldaten, die in das Innere geschafft werden, kehren, selbst wenn ihr Kontrakt abgelauten ist, niemals in ihre Heimath zurück. Sie verbleiben so lange im Dienste, bis sie alt und krank denselben nicht mehr verrichten können. Dann treibt man sie in die Urwälder und überläßt sie ihrem Schicksal. Kapitän Salisbury's Schlusssatz lautet: „Die ganze Verwaltung des Staates ist ein steter Betrug. Das gerühmte Gesezgebungswert besteht aus Mord, Raub und Grausamkeit in einem Grade, wie er selten erreicht wird. Die angebliche Befreiung der Sklaven besteht in der Ein- führung und Aufrechterhaltung der Sklaverei unter so barbarischen Verhältnissen, wie sie in der Geschichte der Plantagen in den südlichen Staaten Amerika's nicht vorgekommen sind!“

**Bulawayo, 26. Mai.** Die Streitmacht unter Oberst Plumer, welche Sonntag um Mitternacht von hier abging, ließ gestern früh um 2 Uhr, zwölf Meilen von der Stadt entfernt, mit den Matabilen zusammentreffen. Die Eingeborenen leisteten entschieden Widerstand, wurden jedoch schließlich in die Flucht geschlagen und verfolgt. Auf englischer Seite wurden zwei Mann ver- wundet. —

### Soziale Ueberflucht.

Vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts wurden gestern mehrere Gesellen, welche Nöcke und Zedets ar- beiten, vernommen. Ein ca. 20-jähriger junger Mann, bleich und leidend aussehend, giebt an, daß er schwindelhaftig sei und schon wegen dieser Krankheit im Winter verschiedene Wochen in der Charitee gelegen habe. Wegen seines Willens hätten ihn Kerzte „er Orts“ Krankenpflege für Schneider schließlich gesund geschrieben. Von heftigen Brustschmerzen und Husten geplagt, müsse er jetzt wieder täglich 16 Stunden arbeiten, um den dürftigen Lohn zur Bestreitung seiner Existenz herauszuschlagen. Der betreffende arbeitet Joquets im Preise von 2 M. und Nöcke von 2.50 M. und erreicht einen Wochenlohn von 15—16 M., von dem noch 60—70 Pf. für Ankosten abgehen. Ein anderer Geselle, der mit dem ersteren bei einem Meister arbeitet, macht über seine Lohnverhältnisse die gleichen Angaben. Auch dieser Arbeiter giebt an, daß seine Gesundheit zerrüttet und er schon längere Zeit lungenseidend sei. Beide arbeiten mit dem Meister und dessen Frau zusammen 16 Stunden in einem Raum, wo Meister und Frau dann auch noch schlafen. Bedäugt wird mit dem ungesunden Holzlohlen-Bügelstein. Die Angaben der beiden Arbeiter befinden sich mit denen des Meisters, der schon früher vernommen wurde, vollständig im Einklang.

# Gewerkschaftliches.

**An die Arbeiter Deutschlands.** Fast sämtliche Gutarbeiter und Arbeiterinnen Berlins befinden sich im Ausstand. Zur Information über die Ursache dieses Kampfes ist noch folgendes zu wissen nötig. Durch unermüdete Tätigkeit war es uns gelungen, fast sämtliche unsern Berufs angehörige Arbeiter und Arbeiterinnen zu organisieren, so daß wir mit der nunmehr verstärkten Organisation schon vergangenen Herbst in der Lage waren, weitere Lohnreduzierungen zu verhindern. Darauf schloß sich das Unternehmertum zu einer Koalition zusammen, um sich gegen die „maßlosen Angriffe der Arbeiternehmer zu schützen“. Wenn sich der Arbeiter Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabzüge etc. nicht mehr gefallen lassen will, so bedeutet das bei den Fabrikanten „maßlose Angriffe“. — Der erste Angriff des Fabrikantenringes wurde gegen unsere Organisation im Februar dieses Jahres unternommen; die Arbeiter parierten jedoch den Angriff in jeder Weise. Ihn zu wiederholen, dazu glaubt das Unternehmertum jetzt den geeigneten Zeitpunkt gekommen. Der Fabrikantenring hatte in einer Sitzung unter wichtigen Vorwänden beschlossen, sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf acht Tage auszusperrn, und dann die Bedingung zu stellen, daß, wer arbeiten wolle, sich verpflichten müsse, aus der Arbeiterorganisation auszutreten. Die Konjunktur in unserer Branche ist aber genau dieselbe wie im Februar, denn wir befinden uns in der Damenhut-Saison, auf die die Hälfte der Fabrikanten angewiesen ist. Wir haben den uns ausgegangenen Kampf aufgenommen und sind gewillt, ihn so lange zu führen, bis wir aus ihm als Sieger hervorgegangen sind. In der Hoffnung, daß auch und Eure vielfach erprobte Solidarität zur Seite steht, zeichnet mit solidarischen Grüßen: Die Lohnkommission der ausständigen Gutarbeiter und Gutarbeiterinnen Berlins.

Zugang von Wohlthät. Arbeitern und Arbeiterinnen nach Berlin ist streng fernzuhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Ausstand aus Anlaß der Meißner dauert in den schon früher genannten Werkstätten Berlins überall unverändert fort. Der Stand des Kampfes ist außerordentlich günstig, Streikbrecher sind so gut wie nicht vorhanden, der Muth der Ausständigen ist ungebeugt. Kollegen, haltet auch weiter den Zugang fern und sorgt für materielle Unterstützung der Kämpfenden, indem Ihr den Beschläßen der öffentlichen Versammlungen, 50 Pf. wöchentlich zu opfern, aufs pünktlichste nachkommt, dann muß der Sieg, trotz aller Kühnemänner, unser werden. Bedenkt, was auf dem Spiel steht; wenn seine Organisation lieb ist, der thue seine Schuldigkeit! Der Vorstand des Berliner Metallarbeiter-Verbandes.

**Achtung, Maurer!** Am 18. Mai nahmen auf dem Bau der Maurermeister Nestel u. Altged, Maurer- und Kaiserhofstraßen-Ges. (Eigentümer Kommerzienrath Delbrück), die Maurer auf Verprechen des Poliers Nisch zu den Bedingungen: neun Stunden und 55 Pf. Stundenlohn die Arbeit auf. Am Sonnabend vor Pfingsten, mittags, erklärte der Polier den Gesellen, daß, wer jetzt noch weiter arbeiten wolle, auch für die schon in dieser Woche geleistete Arbeit, sowie auf weiteres nur 52 1/2 Pfennige Stundenlohn beläße; wer dies nicht wolle, könne aufhören. Darauf legten sämtliche Kollegen die Arbeit sofort nieder und mußten nun notwendigerweise für die geleistete Arbeit ihren versprochenen Lohn erhalten. Diese Arbeitsstätte ist deshalb zu meiden. Leider ist hierbei wieder einmal zu konstatieren, daß die Maurer, die wir leider auch Kollegen nennen müssen, durch ihr Arbeitsuchen gerade auf solchen Bauten alle Forderungen und Erzeugnisse der Charakterfesten Kollegen in der unverantwortlichsten Weise illusorisch machen. Wir ermahnen alle diese Berliner Kollegen, doch endlich einmal zu erwachen, in welcher Weise sie sich dadurch an der doch auch in ihrem Interesse liegenden Bewegung verhalten. Die Lohnkommission der Maurer Berlins und Umgegend.

**Achtung, Zimmerleute!** In den Baugeschäften von Franzosen in Berlin, Lutherstraße, und Hertling in Charlottenburg sind die Differenzen wieder beigelegt, insofern kann dort gearbeitet werden. Der Zimmermeister Maiz in Schöneberg zahlt von jetzt ab nur 52 1/2 Pf. Stundenlohn und will noch weitere Abzüge machen; die Arbeit wird auf dem Holzplatz von Fischer und Colberg, Rottbuscher Damm fertiggestellt und ist deshalb dieser Platz vorläufig zu meiden. Die Lohnkommission.

**Achtung, Parquetbodenleger Berlins und Umgegend!** Folgende Firmen haben bis gestern, Mittwoch, unsern Tarif bewilligt: Wangemann, Deutsch-Wilmersdorf; Deutsche Fußboden-Fabrik, Martinikensfelde; Kampmeyer, Berlin; Ruhnert u. Kühne, Martinikensfelde; Reibe u. Comp., Berlin; Lesser, Berlin; Noack, Berlin; Schramm, Charlottenburg; Stelmahel, Berlin; Wilt, Deutsch-Wilmersdorf. Nicht bewilligt haben die Firmen Badmeyer, Berlin; Ende, Berlin; Rosenfeld, Berlin; Mittag, Charlottenburg und Wendig Söhne, Berlin. Der Vertrauensmann.

**In der Bantischlerei von Hartmann in Weissensee, Lehderstr. 27,** haben sämtliche Kollegen die Arbeit wegen Lohn- und Arbeitsdifferenzen niedergelegt. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten. Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

**Der Streik der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins** dauert ununterbrochen fort, trotzdem das Fabrikantenorgan, die „Musikinstrumenten-Ztg.“, in seiner letzten Nummer das Ende des Streiks mit Bestimmtheit angekündigt. Die Ausständigen erklären, sich auf keinen Fall der von den Unternehmern gestellten Bedingung, „bedingungslose Ausnahme der Arbeit“ fügen zu wollen und zu können, nachdem sie die Hand zu einem ehrenhaften Frieden boten und sich zu Verhandlungen bereit erklärten. Wenn die „Instrumenten-Zeitung“ die Veröffentlichungen der Arbeiterpresse, speziell des „Vorwärts“, der Unwahrheit zeihen und diese Behauptung an dem Beispiel zu beweisen sucht, daß die Pianofortefabrikanten L. Duxsen, Ed. Westermayer, S. Hansen, von den Mechanikfabrikanten Oskar Köhler und Gustav Wiesner nicht während der Dauer des gegenwärtigen Ausstandes irgend welche Forderungen der Arbeiter bewilligten, wie die Streikkommission behauptet haben soll, so weist die Kommission demgegenüber nach, daß die „Instrumenten-Zeitung“ etwas als unrichtig bezeichnet, was garnicht behauptet worden ist. Die genannten Firmen haben die Forderungen der Arbeiter schon vor Beginn des Streiks bewilligt, kamen also garnicht bei diesem Kampfe in Frage, was natürlich von der „Instrumenten-Zeitung“ verschwiegen wird. Daß diese ferner den Streik als „muthwillig herausgeschworen“ bezeichnet, dabei aber die brutale Aussperrung der Klaviaturarbeiter und den provozierenden Inhalt des Manifests vom 1. Mai vergißt, daß sie diese Folgen wahlloser Agitation gerechtfertigt nennt und die Arbeiter die Lehre giebt, nicht blindlings ihren Führern zu folgen, ist nicht zu verwundern; ist es doch die immer wiederkehrende Antwort der Unternehmer bei den beschiedenen Versuchen der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern. Die Kommission.

**Zur Berliner Tabakarbeiter-Bewegung.** Auf die von Herrn Z. Mappelli in den beiden letzten Nummern des „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärungen haben wir folgendes zu bemerken:

Wir haben nicht behauptet, daß Herr M. noch heute fabriziert, sondern wir haben das gerade Gegenteil behauptet, nämlich: daß Herr M. seinen einzigen Arbeiter beschäftigt, daß er nur solange Arbeiter sitzen hatte, als er die jetzigen Verkaufsräume leersehen hatte. Eine weitere „Wahrheit“ des

Herrn M. derselbe behauptet: „Es sei unwar, daß er die Bezahlung des Lohnzins verweigert habe.“ Wir haben dieses doch gar nicht behauptet, sondern die Firma M. denjenigen beigelegt, die den Lohn verweigert resp. „wo nicht zum tarifmäßigen Lohn gearbeitet wird.“ Aus unserem Inserat geht doch dieses klar hervor, oder hat Herr M. vielleicht die Meinung, daß Zigarren, die mit 1,25, 1,50, 1,75, 2.— Mark u. s. w. pro 100 Stück von ihm verkauft werden, zum tarifmäßigen Lohn hergestellt sind, wo doch schon der Minimallohn für die billigste Sorte 1,15 Mark pro 100 Stück beträgt. Eine fernere Wahrheit des Herrn M. Der Herr legt uns in den Mund, daß wir behauptet hätten, für 1,75 und 2 Mark verlaufe er schon eine „sehr anständige Zigarre“, die von Restaurateuren mit 5 Pfennige verkauft wird.

Ferner: Herr M. schreibt, daß es unwar sei und von Unkenntnis der derzeitigen Verhältnisse in der Zigarrenfabrikation zeige, daß er von Fabrikanten beziehe, welche im Zuchtthaus arbeiten lassen.“ Es fällt keinem vernünftigen Fabrikanten mehr ein, im Zuchtthaus arbeiten zu lassen, da er hierdurch nichts als Nachtheile hat.“ Nun vergleiche der Leser und entscheide, auf welcher Seite die Wahrheit ist. Wir sagten: „Wir wissen als Fachleute, daß Zigarren, die mit 1,75 Mark, 2 Mark u. s. w. pro 100 Stück verkauft werden, nur in Zuchtthäusern, Strafanstalten, oder von solchen „freien Arbeitern“, welche den Arbeitern der beiden vorhergenannten Kategorien technisch leider in nichts nachsehen, gefertigt werden können. Thatsächlich werden Gastwirthe etc. etc. durch Anpreisung dieser Waare verleitet, diese Waare ihren Kunden, die doch meist Arbeiter sind, zum Preise von 5 Pf. pro Stück zu verkaufen.“

Der Leser kann doch hieraus entnehmen, daß wir von einer „sehr anständigen Zigarre“ nicht gesprochen, unsere Meinung ist doch hierüber von der des Herrn M. eine himmelweit verschiedene. Ferner ist die Behauptung: es fällt keinem vernünftigen Fabrikanten mehr ein, im Zuchtthaus arbeiten zu lassen, eine sehr vage, wenn man die letzte Gesetzesvorlage der Regierung zur Hand nimmt, welche aus Anlaß der Einführung der Tabak-Fabriksteuer dem Reichstage vorgelegt wurde; denn da ist auf Seite 89 zu lesen, daß allein in Preußen 3082 Arbeiter nur in Strafanstalten allein mit der Herstellung von Zigarren beschäftigt werden; das Kompliment, welches Herr M. seinen Klassenossen macht, wird von ihnen mit gebührender Anerkennung aufgenommen werden können; denn es würden hiernach allein in Preußen ca. 60 „nicht vernünftige“ „zweitgrößte Fabrikanten“ in Strafanstalten, Zuchtthäusern etc. arbeiten lassen. Wo liegt denn die Unkenntnis der derzeitigen Verhältnisse? Dieses möge auch hier wieder der Leser entscheiden.

Die Konkurrenten in der Lohnkommission verzichten auf das Nachmachen solcher Neblamekunststücke; sie wissen sich davon frei, auf elli Monate angeblich „zweitgrößter Fabrikant Berlins“ zu werden, 54 Arbeiter zu beschäftigen, um dann dieselben, wenn der Mohr seine Schuldigkeit gethan, wieder aufs Pflaster zu werfen. Die Tabakarbeiter verzichten darauf, über ihre Verdienste belohnt zu werden; damit fällt die von Herrn M. so hervorgehobene „Ehrenpflicht“. Wenn Herr M. mit dieser „Ehrenpflicht“: „das Arbeiterwohl nach Kräften zu fördern“, es wirklich ernst meint, so müßte er in erster Linie auf die Firmen den Druck ausüben, von denen er seine Waare bezieht, daß dieselben mindestens auskömmliche Löhne zahlen; aber dann wäre es mit den oben erwähnten Sorten von Zigarren vorbei. Dieses hielten wir zu sagen im Interesse der Wahrheit für nötig. Die Lohnkommission.

**Der zweite Kongreß der Transport- und Handels-Gitarbeiter Deutschlands** nahm am ersten Pfingstfeiertag im Odeon in Halberstadt seinen Anfang. Infolge der Lebenswürdigkeit der Polizei konnten die Verhandlungen erst nachmittags 4 Uhr beginnen. Betreten waren 39 Orte durch 38 Delegirte; von der Generalkommission war Köstke aus Hamburg anwesend, die Handlungsgesellen waren durch Adler und Scheurer aus Halberstadt vertreten. Nachdem Kähler-Berlin und Stange-Weipzig zu Vorsitzenden und Hoffmann, Vollmann, Vogt und Dört zu Schriftführern gewählt worden, ferner einem um die Bewegung der Handels-Gitarbeiter sehr verdienten, jetzt kranken Kollegen in Elbing 30 Mt. bewilligt waren, trat der Kongreß in die Tagesordnung ein. Zunächst gab Alboldt-Berlin die Abrechnung der Agitationskommission. Die Einnahme betrug 3854,89 Mt., die Ausgabe 3000,59 Mt., der Bestand 854,30 Mt. Der Referent wurde entlastet. Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission in den letzten zwei Jahren berichtete Hoffmann-Berlin. Seit damals hat sich die Zahl der Organisationsstellen von 12 auf 37 in 38 Orten gesteigert. Von der Generalkommission ist die Bewegung der Transport- und Handels-Gitarbeiter lebhaft unterstützt worden, leider ist dasselbe nicht von diesen Arbeitern selbst zu sagen. Redner kritisiert die Lässigkeit der Vertrauensleute, und zwar ganz besonders in den Fällen, wo es galt, der Kommission für Arbeiterkassier durch Ermittlung durch Fragebogen die tieftraurigen Verhältnisse, beispielsweise der Ruffler, zu beweisen. Nach einer Debatte über den Bericht, worin die Tätigkeit der Agitationskommission im großen und ganzen anerkannt wird, berichtet Kähler-Berlin über den Gewerkschaftskongreß. Er führt dabei an, daß sein Antrag: „Da die Angelegenheiten der Padeschheit des Sonntags mit Bestellungen von Frachzeitungen überhäuft würden, mit der Versendung der Frachzeitungen möglichst früh beginnen zu wollen“, mit Dohnalachen empfangen und über ihn zur Tagesordnung geschritten worden sei, und stellt eine Resolution in dem Sinne, dieses Gebahren auf das schärfste zu verurtheilen und sich nicht früher der Generalkommission zu unterstellen, bis sich die Gewerkschaften mit den Transport- und Handels-Gitarbeiter solidarisch erklärt hätten. Ueber den letzten Passus der Resolution entspinnt sich eine heftige Debatte. Sämtliche Redner begreifen die Erregtheit Kähler's über die ihm zugesagte Behandlung, erklären sich jedoch gegen den Endpassus der Resolution, worauf diese in ihrem ersten Theil einstimmig angenommen wird. Kähler-Berlin hält in seinem Schlusswort seine Behauptungen aufrecht. Eine Resolution Hoffmann-Berlin, den Antrag den Vorständen der betreffenden Gewerkschaften nochmals vorzulegen, bei Ablehnung desselben diese Gewerkschaften (es kommen hierbei speziell die Schneider in betracht) jedoch nicht mehr zu unterstützen, findet Annahme. Ein Antrag Eckardt-Hamburg, ein Protokoll über die Verhandlungen drucken zu lassen, wird angenommen, desgleichen ein Antrag Königsberg, den Rassen- und Rechenschaftsbericht 14 Tage vor Eröffnung des Kongresses im Fachblatt erscheinen zu lassen.

Am zweiten Verhandlungstage sprach Schumann-Berlin über den gegenwärtigen Stand der Sozialreform im Handels-gewerbe. Er schilderte kurz die Ergebnisse der Verhandlungen vor der Kommission für Arbeiterkassier. Die Delegirten Politz, Berlin, Bachmann-Berlin, Schmidt-Weipzig, Erdmann-Königsberg, Bode-Braunschweig (als Gast), Siebenbürgen-Fürth und Dimpel-Hamburg brachten verschiedene Mißstände zur Sprache. Ein Antrag Berlin, desgleichen ein Antrag Fürth sowie eine Resolution Dimpel-Hamburg, vereinigt zu einer Protestresolution, wurden einstimmig angenommen. Ueber den Arbeitsvertrag in Bürgerlichen Gesetzbuch und die Gewerbe-Ordnungen referierte Dört-Breslau, der die betreffenden Bestimmungen im Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs als für die Handels-Gitarbeiter sehr nachtheilig erklärte. Nach der Diskussion, die sich im Sinne des Referats bewegte, wurde eine Protestresolution angenommen und damit dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ueber die Arbeitsverhältnisse in München liegen uns folgende Mittheilungen vor: Der Böttchereirei dauert fort. Die Bier- und Braufabriken befinden sich in großer Noth und sind die Arbeitgeber nun bereit, mit den Streikenden zu unter-

handeln. Voraussichtlich dürfte demnächst eine Einigung zu Stande kommen. Zugang ist auch weiterhin streng fernzuhalten. Der Formereirei ist noch nicht beendet. Das Entgegenkommen der königlichen Hüttenwerke hat die Staatsorgane der Landes'schen Betriebsleitung verstärkt und den Sieg der Arbeiter in die Ferne gerückt. Die Streikenden sind jedoch guten Muthes und fest überzeugt, daß der Lohnkampf zu ihren Gunsten ausfallen muß. Der Fürstenmacherstreik steht auf dem alten Platze. Kommerzienrath Pensberger hat das vom hiesigen Gewerbegericht eingesehene Einigungsamt, das er als ein Parteigericht betrachtet, abgelehnt und dürfte sich daher der Kampf zu einer Kraftprobe entwickeln. Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen verdienen deshalb um so mehr die Sympathie weitester Kreise.

In Nürnberg und Fürth führen die Buchdruckereibesitzer, gemäß dem Ersuchen der Gehilfen, die Leipziger Abmachungen am 1. Juni ein.

In Stuttgart haben bei 25 Schmiedemeistern die Gesellen wegen Ablehnung ihrer Forderungen die Arbeit eingestellt. 20 Meister haben bewilligt.

Der schweizerische Typographenbund lehnte auf seiner zu Pfingsten abgehaltenen 37. Generalversammlung die Schaffung eines schweizerischen Normaltariffs ab, beschloß dagegen die Vornahme einer einheitlichen Tarifrevision zwecks Einführung des Neunstundentages und die einheitliche Agitation unter den nicht organisierten Gehilfen seitens des Zentralkomitees. Das Zentralkomitee wurde noch beauftragt, Verträge mit Sanatorien, Bädern und Kurorten abzuschließen, um für Bundesmitglieder möglichst billige Preise zu erzielen, ferner an den Bundesrat eine Eingabe zu richten um Erlass hygienischer Vorschriften für die Buchdruckereien. Von besonderem Interesse ist die Annahme einer Motion, wonach der Typographenbund seinen Wiederertritt in den schweizerischen Gewerkschaftsbund in Aussicht stellt; den Mitgliedern des Verbandes ist es fernerhin verboten, geheim in gesperrten Druckereien zu konditionieren. Zum Vorort auf das Jahr 1897 wurde St. Gallen, zum Sitz der Revisionskommission Solothurn und zum Ort für die nächste Generalversammlung Chur bestimmt. Der Wiederanschluß an den schweizerischen Gewerkschaftsbund wurde von der gesammten Arbeiterschaft freudig begrüßt. Nun sind auch die Buchdrucker wieder in Reich und Glüd.

**Gewerkschafts-Presse.** Das österreichische Fachorgan der Schneider heißt jetzt „Die Bekleidungsindustrie“; es erscheint alle 14 Tage und kostet für Deutschland vierteljährlich 85 Pf. Redaktion und Expedition sind in Wien VII/3, Schottenfeldgasse 78. — Die Schneider von London geben seit kurzem ein eigenes Fachorgan „The Journeymen“ heraus. Es ist zu beziehen durch Otto Matthias, London W., 20a Little Pultney Str. Scho.

In Brünn haben die Bäckermeister die Forderungen der Gesellen theilweise bewilligt. Die Militärverwaltung hatte im Fall eines Streiks die Vorkehrungen getroffen, daß sofort Militärbäcker in die Stellen der Ausständigen eintreten konnten.

Sämmtliche Tischler in Königsberg a. d. Eger (Böhmen) befinden sich im Ausstand. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten. Unterstützungen sind zu richten an Karl Göde baselbst.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

Berlin, 27. Mai. (W. Z. B.) Nach amtlichen Meldungen aus Kayserstadt hat Hauptmann v. Horff die Hottentotten in zwei Gefechten am 18. und 19. April bei Siegfeld, nahe Gobabis, in die Flucht geschlagen.

Machen, 27. Mai. (W. Z. B.) Der Gegenstand der Verhandlung in der heutigen Sitzung des Internationalen Bergarbeiter-Kongresses war die Ueberproduktion. Die Resolution der deutschen Delegirten, betreffend das Verbot aller Ueberstunden, welche direkt oder indirekt die Produktion vermehren, wurde mit allen gegen 16 000 Stimmen angenommen. — In den Bezirken, welche durch diese 16 000 Stimmen vertreten sind, ist die Ueberproduktion bereits abgeschafft. — Die Resolution der französischen und belgischen Delegirten, die Kohlenproduktion zu beschränken und mit dem Bedarf ins Verhältnis zu bringen, wurde einstimmig angenommen.

Der Tagespräsident Calviogac, französischer Delegirter, hatte zeitweise den Vorsitz niedergelegt, weil während der Sitzung in Folge eines Mißverständnisses erregte Szenen vorliefen.

Karlsruhe, 27. Mai. (W. Z. B.) Der zweiten Kammer ist heute die Nothstandsvorlage zur Abhilfe der Hochwasserchäden vom März d. J. in Form eines Nachtragsetats zum Budget des Innern zugegangen. Die Vorlage fordert als Staatsbeihilfe für Gemeinden 400 000 M., zur Abstellung von Hochwasserchäden und zu Strafenbauten 900 000 M. und zur Ausführung von Wasserbauten 2 Millionen Mark, insgesammt also 3 300 000 M.

Wien, 27. Mai. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Zum Schluss tritt das Haus in die Verhandlung über den Dringlichkeitsantrag Kahl, Bernerstorffer und Genossen betreffend den Zusammenstoß zwischen den streikenden Arbeitern und der Gendarmarie in Dörfel ein. Abg. Kahl weist den Behörden Parteinahme für die Unternehmer vor und bemängelt das erlassene Versammlungsverbot sowie die Ausnahmestimmungen als ungesetzlich, indem er erklärt, die Staatsgrundgesetze scheinen für den Reichsberger Bezirkshauptmann nicht zu bestehen. Eine rechtzeitige Requisition des Militärs hätte dem Blutvergießen vorbeugen können. Ministerpräsident Badeni erklärt, der Vorwurf, die Behörden seien nicht präventiv vorgegangen, sei ganz unzutreffend, ebenso, daß die Requisition des Militärs besser vorgebeugt hätte. Der Ministerpräsident weist auf Grund der amtlichen Darstellung nach, daß die Gendarmarie erst nach wiederholter, in deutscher und tschechischer Sprache ergangener Aufforderung zum Auseinandergehen und erst, als die ergeldende Menge die Gendarmarie durch Steinwürfe bedrohte und hinter Häusern feste Stellung nahm, angegriffen und geschossen habe. Seither herrsche Ruhe. Eine strafrechtliche Untersuchung gegen die Ergeldeten sei im Gange, ebenso eine Untersuchung darüber, ob der Waffengebrauch seitens der Gendarmarie notwendig war. Vor Abschluß der beiden Untersuchungen sei eine Aeußerung der Regierung unthunlich. Der Vorwurf der Parteinahme für die Unternehmer könne gegen die Behörden unmöglich erhoben werden, da diese nur die Fabrik und die nichtstreikenden Arbeiter schützte und die gefährdete Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten sich bestrebe. Auch in entgegengesetztem Sinne seien Vorwürfe gegen die Regierung laut geworden; dies beweist, daß das Vorgehen der Regierung ohne Parteilichkeit die richtige Mitte halte. Das Versammlungsverbot nach dem Gesetz sei eine leichtbegreifliche Vorsichtsmaßregel zur Vermeidung fortgesetzter Beunruhigungen und neuer Zwischenfälle gewesen. Der Ministerpräsident sichert eine eingehende und objektive Untersuchung zu. Abg. Bernerstorffer erklärt gegenüber den Ausführungen des Ministers, Böhmen sei das klassische Land der Handhellen und Folter. Wegen der Unterdrückung des bornierten norddeutschen Unternehmertums würden Menschenleben geopfert. Der Ministerpräsident protestirt unter förmlichem Widerspruch der äußersten Linken gegen die Beleidigung des ganzen Standes der böhmischen Fabrikanten. Schließlich wurde bei der Abstimmung die Dringlichkeit abgelehnt.

Rom, 27. Mai. (W. Z. B.) Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Ganea: Heute Vormittag kamen neuerliche, jedoch weniger bedeutende Ruheforderungen in der Stadt und Umgegend vor. In der Bevölkerung, welche sich seit drei Tagen in den Häusern eingeschlossen hält, dauert die Panik fort. Die Verbindungen mit den umliegenden Ortsteilen sind unterbrochen. Man glaubt, daß dieselbst ganze muslimanische und christliche Familien ermordet worden sind. Von der Garnison in Ganea fehlt jede Nachricht.

## VII. Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

Nachen, den 26. Mai 1896.

Zweiter Verhandlungstag.

Burt eröffnet die heutige Sitzung pünktlich um 1/10 Uhr. Zum Tagespräsidenten wird darauf der Deutsche Sachse-Weidau gewählt.

Die Diskussion über die Forderung des Achtstundentags wird fortgesetzt und der Oesterreicher Starck-Falkenau erhält das Wort: Er müsse gegen die englische Resolution Widerspruch erheben, die einen Rückschritt gegen frühere Beschlüsse bedeute, weil sie den Achtstundentag nicht für alle, sondern nur für die unter Boden arbeitenden Bergleute fordere. Noch größerer Protest müsse er gegen die Anschauung erheben, die der letzte Redner hier gestern zum besten gegeben habe. Es sei da vom Staatssozialismus gesprochen worden. Bei den Delegirten müsse dann aber über das Wesen der Sozialdemokratie Unklarheit herrschen, denn Staatssozialismus und Sozialdemokratie sei etwas Grundverschiedenes. Die Oesterreichischen Bergarbeiter erkliden aber in starker gewerkschaftlicher Organisation, in der Erringung der politischen Macht das alleinige Mittel, das zur Erreichung menschenwürdiger Zustände führt. Die Arbeitszeit der Bergleute in Oesterreich betrage jetzt elf Stunden, sie fordern eine gesetzlich festgelegte Arbeitszeit von acht Stunden und ausgeübte Sonntagsruhe. Die Oesterreichischen Bergarbeiter haben die folgende Resolution aufgestellt, die er zur Annahme empfehle:

Der Kongress fordert hiermit für alle Bergarbeiter ohne Unterschied, ob dieselben auf oder unter der Oberfläche oder als Maurer, Zimmerer, Maschinisten, Handwerker arbeiten, einen gesetzlichen Arbeitstag von 8 Stunden, Ein- und Ausfahrt inbegriffen, und eine Sonntagsruhe von Sonnabend Mittag bis Montag Mittag. Außerdem das Verbot aller Nebenbeschäftigungen. Zur Erringung dieser Forderung beschließt der Kongress die Erwerbung der politischen Macht und Organisation auf sozialdemokratischer, gewerkschaftlicher Grundlage. Er empfiehlt den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern und jeder Nation zu überlassen, auch durch Massenstreiks diese Forderung zu erkämpfen. In Erwägung, daß die gewerkschaftliche Organisation auf konservativem Standpunkt nicht im Stande ist, die endgiltige Befreiung der Arbeit aus den Banden des Kapitalismus zu bewerkstelligen, hält der Kongress dafür, daß für die Bergarbeiter nur durch den Anschluß an die internationale Sozialdemokratie bessere, menschenwürdige Zustände geschaffen werden können. Er empfiehlt daher den Bergarbeitern aller Länder Anschluß an die Sozialdemokratie und Beteiligung an den internationalen Parteitagungen. Der Kongress beschließt, in Zukunft nur sozialdemokratische internationale Arbeiterkongresse zu besuchen oder internationale sozialistische Bergarbeiterkongresse einzuberufen.

La Mendin-Frankreich: Vielfach seien schon die Unternehmer mit dem Achtstundentage einverstanden, sie sträubten sich nur gegen die Einrechnung der Ein- und Ausfahrt. Diese Forderung müsse aber unbedingt aufrecht erhalten werden. (Beifall.) Die Northumberlander hätten heute schon eine sechsstündige Arbeitszeit, er gönne ihnen dieses Privileg und fasse die Forderung des Achtstundentages in dem Sinne auf, daß länger als 8 Stunden nirgends gearbeitet werden solle.

Der Engländer Forster-Durham steht auf dem Standpunkt des geizigen Redners Young. In seinem Distrikte gäbe es 60000 Bergarbeiter, davon seien 57 000 organisiert. In solcher Weise die Bergarbeiter zu organisieren, sei das beste Mittel zur Erreichung guter Arbeitslöhne und kurzer Arbeitszeit.

Verdelmann-Wattenscheid kann sich den Ausführungen Starcks über den Achtstundentag nur anschließen, nicht aber der von ihm weiter geäußerten Ansicht, daß die Vereinigung der Bergarbeiter aller Länder nur auf sozialdemokratischem Boden erfolgen dürfe. Ein großer Theil der deutschen Genossen stehe auf dem Standpunkt, daß auch eine rein gewerkschaftliche Organisation zulässig sei. Man könne politisch Sozialdemokrat sein, brauche deshalb die Gewerkschaften nicht mit der Sozialdemokratie zu identifizieren. Die strikte Befolgung des Starckschen Antrages würde es unmöglich machen, in unserer Organisation anders denkende als Sozialdemokraten aufzunehmen. Die politische und die gewerkschaftliche Organisation müssen getrennt marschieren. Die politische Aktion, die wir voll anerkennen, wollen wir durch unsere gewerkschaftliche Organisation unterstützen. Wir können uns daher mit der Oesterreichischen Resolution nicht einverstanden erklären. (Beifall.)

Starck-Oesterreich erklärt, daß er auch die gewerkschaftliche Organisation für notwendig halte. Es gäbe aber verschiedene Gewerkschaften, solche Oestrich-Dückerischer Richtung, ja solche, die von der Regierung eingeführt sind. Bei uns in Oesterreich geht die politische Bewegung mit der gewerkschaftlichen Hand in Hand. In der rechten Tasche haben wir die sozialdemokratische politische Organisation, in der linken die gewerkschaftliche Organisation. (Geisterkeit.) Wir trennen nicht eins vom andern.

Cavrot-Belgien konstatirt, daß sich unter den englischen Delegirten eine Minorität befindet, die gegen den gesetzlichen Achtstundentag sei, die Meinungsverschiedenheit beziehe sich aber nicht auf den Achtstundentag selbst, sondern nur auf den zu beschreitenden Weg. Wenn die englischen Trades-Unions den Achtstundentag aus eigener Kraft erreicht haben, so erkläre sich das aus der ungewöhnlichen Stärke der englischen Organisationen. Auf dem Festlande liegen aber die Verhältnisse ganz anders und viel trauriger. In Deutschland machten die Gesetze das Anwachsen so starker Gewerkschaftsorganisationen unmöglich, die Arbeiter seien dort auf die Erringung der politischen Macht angewiesen und mußten vom Staate die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit fordern. Die Neuerungen Starcks seien wohl mißverständlich worden. Starck habe wohl nicht sagen wollen, daß in den Gewerkschaften selbst Politik getrieben werden solle, er habe wohl nur sagen wollen, daß politische und gewerkschaftliche Organisation Hand in Hand gehen müssen. (Starck ruft: So ist es!)

Harvey-England ist der Meinung, daß man durchaus nicht Sozialdemokrat sein brauche, um die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages zu verlangen. Wenn es möglich sei durch das Gesetz Vortheile für die Arbeiter zu erringen, so frage er, warum solle sich die Arbeiterschaft die Hilfe des Staates entgehen lassen, die die Bourgeoisie so lange für sich in Anspruch genommen hat. Wir haben jetzt einen Staat, der die Interessen der Bourgeoisie vertritt, wir wollen einen Staat schaffen, der sich die Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft zur Aufgabe stellt. (Beifall.) Einen besonderen Schutz bedürften die in den Bergwerken arbeitenden Kinder. Höchste Pflicht der Menschlichkeit sei es, hier ein System zu ändern, das vorläufig von den Unternehmern im Interesse größerer Ausbeutung noch aufrecht erhalten wird.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Ehe jedoch zur Abstimmung geschritten wird, erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Es sind vertreten die

Miners Federation durch 18 Delegirte mit	400 000
National Federation	16
Südwaales	3
Belgien	4
Oesterreich	1
Deutschland	13
Frankreich	2

Stimmen. Es sind also 57 Delegirte anwesend, die 1 087 000 Mitglieder und Stimmen vertreten.

Es folgt die Abstimmung. Die englischen Delegirten, soweit sie auf dem Standpunkt Edwards stehen, erklären, daß sie mit der französischen und deutschen Resolution, welche für alle Bergarbeiter ohne Unterschied, ob sie über oder unter Tage arbeiten, den gesetzlichen Achtstundentag verlangen, einverstanden sind. Es steht also außer der deutsch-französischen nur noch die Resolution Young und die Resolution Starck zur Abstimmung.

Die deutsch-französische Resolution wird mit 960 000 gegen 126 000 Stimmen angenommen. Es haben sämtliche Delegirte mit Ausnahme der Delegirten der National Federation für die Resolution gestimmt.

Durch Annahme der deutsch-französischen Resolution erübrigt sich die Abstimmung über die Resolution Young, die den Gesetzgebungsweg bekämpft. Bezüglich der Resolution Starck erklärt die Mehrheit des Kongresses, daß sie, weil sie nicht geschäftsordnungsmäßig eingebracht sei, nicht zur Abstimmung gelangen dürfe.

Es tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittags-Sitzung wird der zweite Punkt der Tagesordnung „Frauenarbeit“ in Angriff genommen.

Eine von der Miners Federation und den deutschen Delegirten gemeinschaftlich eingebrachte Resolution lautet:

„Der Kongress beschließt: alle Frauenarbeit in der Bergbau-Industrie ist gesetzlich zu verbieten.“

Greenall-England hält eine lange Diskussion über diesen Punkt ebenfalls für überflüssig. Es sei festgestellt, daß auf dem Kontinent viele Frauen in Bergwerken unter der Erde beschäftigt werden, während in England nur oberhalb der Erde Frauen beschäftigt werden. Die Gesundheitschädlichkeit der Arbeit rechtfertige das Verbot der Frauenarbeit; die öffentliche Meinung und die öffentlichen Staatsgemalten müßten für das Verbot der Frauenarbeit in Bergwerken interessiert werden.

Starck-Oesterreich sagt in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung den englischen Bergarbeitern Dank für die Unterstützung von 20 000 M., die sie den streikenden Bergarbeitern von Mährisch-Osttau gewährt haben.

Picard-England dankt dem Vorredner und fügt hinzu, daß auch der Oesterreichische Bergmann Gieger ein Dankschreiben an das Bureau gerichtet habe. Es gäbe, meint Picard, zwei Wege zur Beseitigung der internationalen Solidarität, die internationalen Kongresse und die gegenseitige materielle Unterstützung bei praktischen Bewegungen. Beide Arten der Demonstration seien gleich werthvoll für die Beseitigung internationaler Brüderlichkeit.

Ruppshild-Bochum unterstützt die Resolution auf Verbot der Frauenarbeit in den Gruben. Die Frau habe die ganze Last der Fortpflanzung des Menschengeschlechts zu tragen, schon deshalb rechtfertige sich das Verbot. Die Bourgeoisie sage selbst, die Frau gehöre ins Haus. Sie gehöre jedenfalls nicht in die Grube. Wo es sich aber um den Profit handele, werfe die Bourgeoisie alle schönen Grundsätze über den Haufen. In Oesterreich seien die Verhältnisse am schlimmsten. Dort würden 8000 Frauen bei Jahreslöhnen von 240 M. beschäftigt. Nur durch die dortigen niedrigen Löhne sei es möglich gewesen, die englische Kohle zu verdrängen. Die Frauenarbeit in den Bergwerken ziehe eine schwere Schädigung der Sittlichkeit nach sich, auch seien in Bergwerken, wo Frauen arbeiten, die Unglücksfälle viel zahlreicher. Er empfehle die einstimmige Annahme der deutsch-englischen Resolution.

Starck-Oesterreich: Wenn auch vom Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung nichts gegen die Frauenarbeit einzuwenden sei, so bilde doch die Bergarbeit eine Ausnahme. Hier rechtfertige sich das Verbot der Frauenarbeit, die bloß von der Habsucht der Unternehmer hervorgerufen sei. Die Arbeit unter der Erde sei der Gesundheit der Frau noch schädlicher als dem Manne.

Die französischen und belgischen Delegirten erklären sich mit dem Verbot der Frauenarbeit einverstanden und verzichten aufs Wort.

Die Diskussion wird geschlossen. Das Verbot der Frauenarbeit in der Bergbauindustrie wird einstimmig vom Kongress angenommen.

Es folgt der 3. Punkt der Tagesordnung „Versöhnungskommission und Arbeitslohn“. Die Miners Federation beantragt folgende Resolution: „Der Kongress beschließt, daß keine Versöhnungskommission den Wünschen der Arbeiter entspricht, die die nicht, wenn es sich um Feststellung des Lohnes handelt, ein Minimum und Maximum, womit der Arbeiter existieren könne, zuläßt. In diesem Falle hat es auch die Verkaufspreise sowie Gewinn- und Verlust-Berechnungen des Betriebes zu berücksichtigen. Die deutschen Delegirten beantragen:

„Ein Normallohn von 5 M. für Deutschland festzusetzen bei einer achtstündigen Arbeitszeit. Jede Nation hat ihren eigenen Normallohn zu bestimmen.“

Parroté-England befürwortet die englische Resolution. Die Frage der Schiedsgerichte oder Versöhnungsämter beschäftige gegenwärtig das englische Parlament. Es lägen zwei Entwürfe vor, beide aber entsprächen nicht den Wünschen der englischen Bergarbeiter, die ein Schiedsgericht für geradezu werthlos halten, das nicht einen Minimallohn festsetze. Hier beruhe sich die Forderung der Engländer mit derjenigen der Deutschen. Der von den Deutschen geforderte Lohn falle den Engländern auf durch seine Unschicklichkeit. Die Engländer seien höhere Löhne gewöhnt, er erinnere an das bekannte Nationallied, in dem es heiße: 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Vergnügen, 8 Stunden Ruhe und 8 Shilling Lohn pro Tag. Dieser Lohn sei aber keineswegs ausreichend. Es gäbe auch in England Leute, die da sagten, den Arbeitern gehe es gut und auch fromme Leute, die da meinten, Geld mache nicht glücklich. (Geisterkeit.) Geld brauche man aber zum Leben. Bei den Verhältnissen in England sei ein Lohn von 8 Shilling nicht zu hoch, er sei zu niedrig, wenn man das Risiko, die Lebensgefahr beim Bergmannsberuf mit in Rechnung ziehe. Er wünsche den Deutschen, daß auch sie bald eine höhere Lebenshaltung anstreben möchten und bitte um Annahme der englischen Resolution.

Covey-England unterstützt den englischen Antrag, aber der Arbeiter müsse selbst das Recht haben, den Minimallohn festzusetzen. Es hat jeder ein Recht zu leben, der arbeiten will, dieser Grundgedanke muß hochgehalten werden. Eine internationale Vereinigung der Unternehmer muß die einzelnen Minimallöhne der einzelnen Länder respektieren. Wir sind auf der Welt nicht durch eigenen Entschluß sondern sozusagen wider Willen. Jedenfalls haben wir keinen Einfluß auf unser Loos. Da wir nun aber einmal da sind, so müssen wir auch das Recht zum Leben haben und ich kann nicht einsehen, warum das Recht auf Profit eher geboren sein soll, als unser Recht zum Leben.

Dem englischen Arbeiter wird von gewisser Seite die Tugend der Zufriedenheit gepredigt. Das thun aber nur die, welche die Zufriedenheit der Arbeiter für sich ausnützen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Verdelmann-Wattenscheid erklärt, daß die deutschen Arbeiter bisher stets fruchtlos die Versöhnungskommissionen angestrebt hätten, es sei auch keine Aussicht vorhanden, mit den deutschen Arbeitgebern ins Einvernehmen zu kommen, auch von der Regierung sei nach dieser Richtung keine Hilfe zu erwarten. Auf eine diesbezügliche Forderung habe Minister von Werle sich nicht einmal geantwortet. Redner hält die Festsetzung eines Minimallohnes für unmöglich, befürwortet dagegen einen Normallohn von 5 Mark. Jede Nation solle für sich den Normallohn festsetzen, denn bei einem Minimallohn würden sich die Unternehmer an diesen gewöhnen und nie einen Pfennig mehr bezahlen. Für Deutschland sei ein 5 Mark-Lohn nicht zu hoch, bei einem solchen würden in Oberschlesien 78 Millionen Mark Arbeitelohn gezahlt worden sein, während der Geldwerth der Förderung 94 Millionen Mark betrage. Freilich sei nur ein Lohn von noch nicht 88 Millionen Mark gezahlt worden, also etwa die Hälfte von 5 M. pro Tag.

Müller-Weimar unterstützt den deutschen Antrag; der Normallohn von 5 M. sei in Deutschland möglich, auf Grund eingehender Kalkulationen sei die Höhe dieses Normallohnes fixirt worden. Die Bergarbeiter wüßten darn, was sie zu fordern berechtigt seien und die Festlegung des Normallohnes gebe eine Grundlage für Agitationen, die sich auf die Höhe des Arbeitslohnes beziehen. Jede Nation müsse aber einen Normallohn, wenn auch je nach den einschlägigen Verhältnissen in verschiedener Höhe, haben. Auf das internationale Vorgehen aber komme es an, da sonst nicht viel erreicht werden wird.

Straker-England wendet sich in einem Amendement gegen die Festlegung eines Minimallohnes, der nur eine Preissteigerung zur Folge haben würde, also den Vortheil für die Arbeiter wieder ausheben würde, denn was der einen Industrie recht sei, sei der anderen billig. Es heiße den Kampf aller gegen alle entfesseln, wenn man den Unternehmer verbinden wolle, die Arbeitslöhne nach der jeweiligen Konjunktur festzusetzen. Er bekämpfe die Forderung des Minimallohnes bei seinen englischen Genossen und befände sich darin in Uebereinstimmung mit den Deutschen, die erklärt hätten, ein Minimallohn passe für ihre Verhältnisse nicht. Gegen die Schiedsgerichte habe er bei den immer mehr zunehmenden Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern nichts einzuwenden.

Bayle-England vertritt denselben Standpunkt wie der Vorredner.

Die weitere Diskussion wird hierauf auf Mittwoch früh vertagt.

Nachen, 27. Mai. (Wolff's Bureau). In der heutigen Sitzung des internationalen Bergarbeiter-Kongresses wurde ein von deutschen Bergarbeitern eingebrachter Zusatzantrag zu der Resolution der Miners Federation betreffend die Versöhnungskommission beraten. Nach diesem Zusatzantrag soll als Normallohn für den achtstündigen Arbeitstag für Deutschland ein Lohn von 5 M. festgesetzt werden, und jede Nation ihren eigenen Normallohn zu bestimmen haben. Der Kongress nahm schließlich mit 961 000 Stimmen gegen 86 000 englische Stimmen folgende von Müller-Waldenburg beantragte Resolution an: Die Vertretungen oder Organisationen der Bergarbeiter der einzelnen Länder mögen einen bestimmten ihren besonderen Verhältnissen und der Konjunktur entsprechenden Minimallohn bezeichnen, an welchem bei den Lohnbestimmungen festzuhalten ist, damit die Agitation für die Erhöhung eine feste Grundlage erhält. Die Vertreter von 900 000 englischen Stimmen enthielten sich der Abstimmung.

## Lokales.

In die Lokalliste hat sich ein Fehler eingeschlichen. Es muß unter Zehlendorf heißen: Zu empfehlen ist: Barnick, Zeltowstr. 23. Der Unterzeichnete bittet ferner, bei allen Anfragen, betreffend die Lokalliste, das Porto für die Rückantwort beizulegen, da sonst die Anfragen unberücksichtigt bleiben müssen. Karl Scholz, Wrongestr. 32.

In der Lokalliste von Spandau muß es statt Freund's Inselgarten, Pichelsberge, Pichelswerder heißen.

Den Parteigenossen von Köpenick zur Nachricht, daß Hermann König, Gartenstr. 14, Seitenfl. part. während der kurzen Abwesenheit des Genossen Gosemeyer die Bibliothek verwaltet. Die Parteigenossen, welche Bücher leihen wollen, werden gebeten, sich hinfort an die neue Adresse zu wenden.

Ans Anlaß des Falles Mally hat der Magistrat beschlossen, bis auf weiteres keine Bureau-Hilfsarbeiter mehr anzunehmen, weil das Reichsgericht dem Hilfsarbeiter Mally Beamtenqualität zuerkannt hat, obwohl er auf Kündigung angestellt gewesen ist.

Der „Germania“ wird prompt die Albernheit quittirt, zu der sie sich durch ihre blinde und ohnmächtige Wuth gegen die Arbeiterschaft Berlins hat hinreißten lassen. Ihre vorgestrigte Mitteilung über die Abtreibung des Gesele'schen in der Müllersdorferstraße, die den Frommen katholischer Oberwang glücklich im christlichen Geiste der Stumm und Konferten gelungen ist, wird mit Behagen von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nachgedruckt! „Nur wenn wir in Noth uns fanden, dann verstanden wir uns gleich“. Mit diesen passenden Worten mögen die beiden Kämpen die Verherrlichung des schmutzigen Mittels der Saalabtreibung im politischen Parteikampf schließen. Wir aber gönnen dem Organ der Deute, die sich einstens gegen die Kulturkampfpaukeri zur Wehr sehen mußten, von ganzem Herzen die Blamage, Seite an Seite mit Pindler's selig Nachfolger marschieren zu müssen.

Vom Besuch der Ausstellung. Die Personenbeförderung nach der Gewerbe-Ausstellung in Treptow in der Zeit vom 16. bis 22. d. M. weist folgende Zahlen auf: Zu Schiff wurden etwa 6100 Personen hin- und 4100 zurückbefördert. Die Pferdebahn, elektrische Bahn und die Omnibusse wurden auf der Hinfahrt von rund 91 000 und auf der Rückfahrt von rund 90 000 Personen benutzt. Auf der Eisenbahn fuhren rund 136 000 Personen hinaus und rund 800 000 Personen zurück. Am stärksten war der Verkehr auf der Eisenbahn am Sonntag, den 17. d. M. mit 53 000 Personen hin und 37 000 Personen zurück — und auf den Pferdebahnen am Himmelfahrtstage, an welchem Tage etwa 17 000 Personen hin- und ebenso viel zurückfuhren. Der Besuch der Ausstellung soll übrigens nach neueren Meldungen während des Festes bei weitem nicht so stark gewesen sein, wie anfänglich angegeben wurde. Ein hiesiges Blatt berichtet von 90 000 zahlenden Besuchern am ersten und 100 000 am zweiten Feiertage. Und das waren Tage, die dem Ausstellungsbesuch ungemein günstig lagen; an den Werktagen der Woche mögen insgesamt wohl nur wenig mehr Personen als an einem dieser Feiertage nach Treptow pilgern. Wie bei solchen Ziffern die vom geschäftsführenden Ausschuss als notwendige Norm angenommene Besucherzahl von 55 000 täglich herauskommen soll, mag vorläufig noch

ein Räthsel bleiben. Für den Arbeiter, der sich und seiner Familie ein solches Vergnügen gönnen will, ist der Eintrittspreis eben zu hoch, und nothgedrungen muß sich daher ein sehr beträchtlicher Theil der Bevölkerung vom wünschenswerthen Besuch der Ausstellung ausschließen. Die Hoffnung aber, daß die Fremden in der gehobenen Masse nach Berlin strömen werden, wird nach den Erfahrungen der Pfingsttage zum mindesten sehr vage erscheinen. Ob der geschäftsführende Ausschuss sich schließlich doch nach dem geschiedenen Grundsatze zu handeln sich gezwungen sieht, daß die Masse es bringen muß, und nicht allein für die Kinder ermäßigte Eintrittspreise, sondern auch nach dem Muster des zoologischen Gartens z. B. billige Sonntage einrichtet?

**Fahrpreisermäßigungen an Arbeiter zum Besuche der Ausstellung.** Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Egl. Eisenbahndirektionen ermächtigt, von mindestens 75 Kilometer von Berlin entfernten Stationen an gewerbliche Arbeiter (auch Arbeiterinnen) einzelner auf der Berliner Ausstellung vertretenen Gewerbezweige, deren Sonderausstellung ihrer Anlage nach vorzugsweise belehrend und anregend auf die Arbeiter zu wirken geeignet erscheint, ermäßigte Rückfahrkarten mit sechsböhriger Gültigkeitsdauer zum Preise von 1 Pf. für je einen Kilometer der Hin- und Rückfahrt auszugeben, welche zur Benutzung der dritten Klasse der Personenzüge berechnigt sind. Die Ausgabe ist jedoch von einem bei der Direktion zu stellenden schriftlichen und eingehend beglaubigten Antrage des Arbeitgebers oder Betriebsleiters, sowie davon abhängig zu machen, daß die Fahrt von einer Mindestzahl von dreißig Arbeitern und unter Führung des Antragstellers beziehungsweise eines Beauftragten desselben unternommen wird. Die Gewährung von Freigelede findet nicht statt; die Rückreise kann auch einzeln angetreten werden. Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf die Arbeiter der Staatseisenbahnen und auf Angehörige des Fischereiwesens, letzterenfalls mit der Maßgabe Anwendung, daß es einer besonderen Begründung des Antrages sowie der Vermittlung eines Arbeitgebers nicht bedarf. Die Dienststellen haben auf Anträgen dementsprechend Auskunft zu erteilen und die Interessenten zu veranlassen, die Anträge unter Angabe der Teilnehmerzahl möglichst frühzeitig einzureichen. Bei Bewilligung eines Antrages werden den Fahrkarten -Ausgabestellen die gedruckten Rückfahrkarten überwiesen werden. Die Vorteile, welche die Fahrpreisermäßigungen bieten sollen, werden in gar vielen Fällen fast wertlos gemacht durch die bürokratischen Beschränkungen, mit denen man sie vor „Mißbrauch“ verbarrakudieren zu müssen geglaubt hat. Warum, so fragen wir, hat man den Berufsvereinen der Arbeiter nicht ebenfalls die Vergünstigung eingeräumt und warum werden nur die Großbetriebe berücksichtigt, die eine Minderezahl von dreißig Arbeitern auf einmal entbehren können? Und wozu endlich die Formalität der „eingehenden Begründung“?

**Die Volksernährung,** die Herr Abraham durch seine in Treptow etablirte Volkliche praktisch vorzuführen unternehme hat, wird theoretisch behandelt in einer Broschüre („Uebere die Ernährung des Menschen, die zweckmäßigste und billigste Art derselben, die sogenannte Volksernährung“), die von dem chemisch-technischen Beirath des Unternehmens, den Herren Dr. C. Birchow und Dr. Glöckner, für Herrn A. geschrieben und von diesem auf der Ausstellung verkauft wird. Manches in der Broschüre lieft sich jetzt, nachdem Herr A. ein Posten verdorbenen Fleisches konfisziert worden ist, recht interessant. Für ein Volksernährungsmittel wird darin gefordert: leichte Verdaulichkeit, Nahrungsfähigkeit und Billigkeit — „unter der Voraussetzung einer tadellosen Qualität“. Es wird auch versucht, zu zeigen, daß es dem Unbemittelten möglich ist, seine Ernährung den obigen Forderungen entsprechend einzurichten. Den praktischen Beweis, daß das „auch unter den heutigen Verhältnissen“ (wie Herr A. im Vorwort sagt) möglich ist, sollte die angeführte Rache liefern. Nun, das Unternehmen hat, was die Forderung tadelloser Qualität betrifft, rasch den Beweis vom Gegenheil erbracht und überzeugender, als Herr A. lieb sein dürfte, dargelegt, daß es mit der Billigkeit schließlich doch immer seinen Haken hat. Unter den heutigen Verhältnissen mag der Unbemittelte nur zu oft, wenn er sich für wenig Geld leichtlich satt essen will, von der Qualität von vornherein absehen und sich mit unappetitlicher und minderwertiger oder gar verdorbener Nahrung und Abfallwaare begnügen. Das hiergegen auch die „emeinnützigen“ Massenspeisungsanstalten, trotz aller schönen Reden und Schriften über „gute und billige“ Ernährung des Volkes, keinen hinreichenden Schutz bieten, daraus ist das Publikum durch die Rache des Herrn A. nachdrücklich hingewiesen worden. Selbst den Beweis der bloßen Billigkeit ist man hier schuldig geblieben. Wenn Herr A. die bei ihm herrschende Schumherei (die übrigens nenerdings doch etwas geringer geworden ist) befreit und die Verantwortung für die Beschaffenheit des konfiszierten Fleisches abgeben zu können meint, so muß er sich dagegen bei der Behauptung, daß es möglich sei, das Volk so überaus billig zu ernähren, von Anfang an darüber klar gewesen sein, daß er dem Publikum nur etwas vormacht. Nirgends in seiner Volksernährungsausstellung läßt er den Besucher darüber auf, daß nur er so billig kaufen kann, weil er seine Lieferanten für ihre Preisermäßigungen dadurch entschädigt, daß er Reklame für sie macht. Durch die Broschüre setzt er diesem Treiben die Krone auf. In einem Anhang werden die Lieferanten genannt und, zum Theil im vollendeten Reklamestil, empfohlen. Die Liste beginnt mit den Worten: „Für eine zweckmäßige und billige Ernährung ist der gute und vortheilhafte Einkauf der Nahrungsmittel von größter Wichtigkeit. Es erscheint deshalb dienlich und wünschenswerth, ein Verzeichnis derjenigen mitzutheilen, die für die Ausstellung der Volksernährung Waaren geliefert haben.“ Auch hier keine Aufklärung darüber, daß nur er so billig geliefert bekommt! Zur Fleischlieferung wird ohne Nennung von Firmen bemerkt: „Das Fleisch wird täglich vom Markte entnommen, um sicher immer frisches Material zu erlangen und der Lieferung einer minderwertigen Waare zu entgegen.“ Das ist ja inzwischen durch die Thatfachen widerlegt worden.

**Ein großes Feuerwerk** war am Dienstag Abend in den Marinenschau spielen der Gewerbe-Ausstellung veranstaltet worden. Fachkennner bezeichnen das Schauspiel wohl mit Recht als eine Leistung allerersten Ranges; ein geradezu besaubernd schöner Strahlen- und Farbenglanz ergoß sich weithin durch die herrliche Frühlingsnacht. Bedauerlicherweise wies diese Fälle von Licht aber einige recht störende „Schattenseiten“ auf, die den Genuß zum Theil recht unangenehm unterbrechen. Es stellte sich nämlich heraus, daß der vorhandene Raum für eine derartige Veranstaltung keineswegs genügt und so stob denn gar oft eine recht bedeutende Funkenfülle unter das lebhaft beunruhigte Publikum. An zwei Stellen fing ferner das Tribünendach zu brennen an, ein Schaden, der allerdings in wenigen Augenblicken durch die bereitstehende Feuerwehr beseitigt wurde. Recht unangenehme Vorgänge sollen sich nach Beendigung der Vorstellung im Verwaltungszimmer abgespielt haben, wo eine Anzahl Besucher, deren Kleider durch Brandflecke angegriffen worden waren, mit Recht Entschädigungen beanspruchten. Falls nicht sichere Gewähr dafür zu bieten wäre, daß derartige Veranstaltungen gefahrlos verlaufen, sollte man doch bei all' ihrer Schönheit lieber auf sie verzichten.

**Mit Rücksicht auf die Gewerbe-Ausstellung** wird die Berliner Herbstmesse in diesem Jahre früher als sonst, vom 12. bis 26. August abgehalten werden. — Der Berliner Wollmarkt findet am 16., 17. und 18. Juni in der Rinderhalle des städtischen Viehboves statt.

**Der Sanitätswache auf der Gewerbe-Ausstellung** ist, wie gemeldet wird, der Verkauf von Antipyrin verboten worden. Hat denn die Sanitätswache überhaupt mit Arzneien gehandelt?

**In der Woche vom 16. bis zum 23. d. M.** gelangten auf der Unfallstation der Gewerbe-Ausstellung 98 Fälle, von denen 24 Besucher betrafen, auf der Sanitätswache 93 Fälle, unter diesen 25 Besucher, zur ärztlichen Behandlung.

**Schlechte Geschäfte** will der durch die Ausstellung „abgesperrte“ Theil der Treptower Gastwirthe in den Feiertagen und auch sonst während dieses Frühjahrs gemacht haben. Diese von den Blättern gebrachte Mittheilung erscheint um so ungläubwürdiger, als viele Treptower Wirthe, wie aus der Lokalliste ersichtlich, ihre Thüren immer noch hochmüthig vor der Arbeiterschaft zusperrten.

**Feudal-kommerzielle Herzengündnisse.** Die vorgestrige Abend-Nummer der „Krenz-Zeitung“ bringt folgende Familiennachricht: „Meine Verlobung mit Fräulein Toni Gutmann, Tochter des Direktors der Dresdner Bank, Herrn Kommerzienrath Konul Gutmann, und seiner Frau Gemahlin Sophie, geb. Magnus, beehre ich mich anzukündigen. Prenzlau, im Mai 1896. Wolfram Graf von Schlippenbach, Second-Lieutenant im Infanterie-Regiment General-Feldmarschall Prinz Friedrich Karl von Preußen (8. Brandenburgisches) Nr. 64.“ — Und das „Kleine Journal“ meldet: „Die jüngste Tochter des verstorbenen Bankiers Oskar Hainauer hat sich mit dem Grafen Neuhaus verlobt. Ihre älteste Schwester ist seit längerer Zeit mit dem Grafen Hake verheiratet.“ Und da rede noch einer von antisemitischen Neigungen der Edelsten und Besten!

**Schneidig.** In der Leschalle der Gewerbe-Ausstellung, in welcher auf musterhafte Ordnung unter den 3000 Zeitungen aller Länder gehalten wird, mußte die Persönlichkeit eines Herrn durch den hinzugekommenen Gendarm festgestellt werden, der auf bescheidene Vorhaltungen, im allgemeinen Interesse die Zeitungen nicht durcheinander zu werfen, herausfordernd und beleidigend wurde. Er stellte sich, wie die „National-Zeitung“ mittheilt, heraus, daß der Betreffende Regierungsdirektor ist! Der Herr hat offenbar den Ton, der unter Leuten seiner Befamung üblich sein mag, mit den unter plebejischen Paß gebräuchlichen Umgangformen verwechselt.

**In der letzten Sitzung der Gemeindevorsetzung von Rixdorf-Friedrichsberg** hat der Landrath von Balow die Erklärung abgegeben, daß er auch den stellvertretenden Amtsvorsteher Silberstein, einen Buchhalter Höder, veranlassen werde, gleichfalls sein Amt niederzulegen. Herr Höder hat mit seiner Amtsvorsteherwürde zugleich auch den Vorsth im Grundbesitzerverein niedergelegt.

**Eine wichtige Gemeinderaths-Sitzung** findet heute in Rixdorf statt. Auf der Tagesordnung steht nämlich die brennende Frage der Errichtung eines Gewerbegerichts, in welcher Angelegenheit von unseren Parteigenossen schon vor einiger Zeit ein entsprechender Antrag eingebracht worden ist.

**Vor dem Gebrauch von Eis,** das Bakterien enthält, warnt jetzt der Polizeipräsident. Leider ist das aus destillirtem Wasser hergestellte Eis so theuer, daß die Warnung der Gesundheitspolizei von der großen Masse der Bevölkerung garricht beachtet werden kann.

**Ein etwas neheimliches Doppel-Tubikant** hofft der Leichenwagenkutscher Gottlieb Er. aus der Vorhststraße am 1. Juni begeben zu können. Er ist an diesem Tage 25 Jahre als Leichenkutscher thätig und gedenkt an diesem Tage die 22 000. Reiche zur letzten Ruhe überführen zu können.

**Ueber Fris-Friedmann** wird berichtet: Aus Bourdeaux ist von dem Rechtsbeistande Fris-Friedmann's ein Schreiben an den Justizrath Kleinholz hierher eingegangen, in dem die Mittheilung enthalten ist, daß der Beschluß der französischen Regierung zur Auslieferung Friedmann's diesem unter dem 22. Mai zugestellt worden sei. Gleichzeitig drückt Advokat Lainé im Auftrage Friedmann's die Bitte aus, daß Justizrath Kleinholz die Vertheidigung übernehmen möge. Es ist immerhin nicht uninteressant, daß der als Jurist bei seinen Kollegen hochgeschätzte französische Advokat in seinem Briefe die feste Hoffnung ausdrückt, daß nach seiner Kenntniß der Sachlage das Strafverfahren gegen Friedmann mit Freisprechung enden würde. Justizrath Kleinholz wird der an ihn ergangenen Bitte entsprechen und die Vertheidigung übernehmen. Friedmann wird dem Vernehmen nach nicht in dem sogenannten kleinen Männergefängniß, welches nach der Rathenowerstraße zu delegen ist, sondern in dem nach dem kleinen Thiergarten zu delegenen Flügel A. des Hauptgefängnisses eine Zelle als Untersuchungsgefangener beziehen.

**Zwei Männer** sind am Dienstag im Grunewald von einem Horortzuges überfahren worden. Der Vorortzug Nr. 1040, der um 1 Uhr 13 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße nach Potsdam geht, überfuhr in der Nähe von Rude 1, bald hinter Station Grunewald einen Mann, welcher dort die Gleise überschreiten wollte. Der Ueberfahrene wurde mit schweren Verletzungen an Kopf und Rücken unter den Rädern des sofort haltenden Zuges hervorgeholt, in den Packwagen gelegt und mit nach Potsdam genommen. Dort erhielt er durch den Bahnarzt, der telegraphisch herbeigerufen war, den ersten Verband und wurde dann nach dem städtischen Krankenhaus gebracht. Der Mann, der bisher bewußtlos war, kam schließlich für kurze Zeit zu sich und gab an, daß er der Schuhmacher Fiel aus der Konistraße in Charlottenburg sei. Nachdem dieser Unfall passiert war und der vorerwähnte Vorortzug durch den Grunewald seine Fahrt fortgesetzt hatte, bemerkte der Lokomotivführer bei Rude 6 in der Nähe des Schlachtensees plötzlich wiederum einen Mann auf dem Geleise stehen. Er gab sofort durch Pfeifen Signale und suchte den Zug zu bremsen, doch beachtete der Mann, der sich seines Rockes entledigt hatte, dies nicht, sondern winkte vielmehr dem Lokomotivführer zu, er möge nur kommen. Von dem einen Puffer der Maschine erhielt er darauf einen so gewaltigen Stoß, daß er zur Seite geschleudert wurde und todt liegen blieb. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden.

**Der Eisenbahn-Unfall,** der sich am Sonntag Abend auf dem Stettiner Bahnhof ereignete und bei dem drei Reisende leicht verletzt worden sind, hatte einen betrieblichen Druckereibesitzer zur Ausgabe eines Extrablattes veranlaßt, das in fettem Druck die sensationelle Ueberschrift: „Das entsetzliche Eisenbahn-Unglück auf dem Stettiner Bahnhof“ trägt und dann im Texte selbst mit den Worten beginnt: „Ein Eisenbahn-Unglück, das die entsetzlichen Folgen nach sich ziehen konnte“ (u. s. w.). — Daß trotz aller ähben Erfahrungen, die das Berliner Publikum in den letzten Jahren mit dem Extrablattschwindel gemacht hat, das Geschäft immer noch geht, ergibt sich aus der dem Extrablatt angefügten Bemerkung des Herausgebers, wonach sich dieser erbietet, für sensationelle Nachrichten, welche in den Tagesblättern noch nicht enthalten sind, zahle ich 6-20 Mark“.

**Ein gefuchter Handelsartikel** sind gegenwärtig Feack, die von Kellnern gesucht und bei den Händlern, da sie nicht in der nöthigen Zahl auszutreiben waren, sehr theuer bezahlt werden müssen. Mehrere Anreiser hatten vor den Universitäts-Instituten Aufstellung genommen und suchten bei den Studenten durch Angebot höherer Preise die Lust zu verkaufen zu wecken. — Sollte man dies geschmacklose Garderobestück nicht wenigstens für Kellner ganz beseitigen können?

**Von einem Gendarm niedergeschossen.** In einem Schanklokal auf dem Schöneplatz in Steglitz kam am Abend des zweiten Pfingstfeiertages der Arbeiter Fischer mit dem Wirth des Lokals wegen ungenügend gefüllter Gläser in Konflikt. Ein zur Feststellung der Persönlichkeit der Streitenden herbeigerufener Gendarm schloß sich durch eine Aeußerung Fischers beleidigt und erklärte ihn für arreirt. Nachdem beide eine Strecke nebeneinander gegangen, lief Fischer in ein am Wege belegenes Kornfeld, worauf der Gendarm den Revolver zog und in einer Entfernung von wenigen Schritten dem Fliehenden drei Schüsse nachsandte, wovon einer dem Fischer in den Leib, der andere ins Bein traf. Augenzeugen, die nur einige Schritte entfernt standen, behaupten, sie hätten nicht gehört, daß der Gendarm dem Flüchtling ein „Halt“ gerufen hätte, bevor er schoß. Der Gendarm behauptet, dies gethan zu haben. Als Fischer infolge der erhaltenen Schüsse zusammengebrochen war, blieb er noch etwa dreiviertel Stunden am Plage liegen. Endlich wurde der Verwundete durch Mannschaften von der Sanitätskolonne der Feuerwehr nach dem Amtsbureau und von dort, nachdem ihm von Dr. Zander ein Nothverband angelegt, nach dem Kreis-Krankenhaus in Brigg transportirt. Wie der „Steglicher Anzeiger“ berichtet, soll Hoffnung auf Heilung des Verletzten vorhanden sein. Daß der Gendarm unter solchen Umständen ein Recht hatte, scharf zu schießen, scheint uns ausgeschlossen und darf wohl erwartet werden, daß von zuständiger Stelle Aufklärung darüber gegeben wird.

**Ein Kampf im Wasser** hatte Mittwoch früh der Schleifer Karl Schänker aus der Swinemünderstraße 6 zu bestehen. Als Schänker gegen 2 Uhr den Schiffbauerdamm entlang ging, sprang plötzlich vor dem Hause Nr. 29 ein junger Mann in die Spree, um sich zu ertränken. Schänker setzte ihm nach und erreichte ihn auch, der Lebensmüde aber wehrte sich aus Lebenskräften gegen seine Rettung und schwamm immer wieder vom Ufer nach der Mitte des Stromes, bis er endlich ermüdete und von seinem Retter an Land gebracht werden konnte. Ein Schuhmann des S. Reviers, dem er übergeben wurde, brachte den Verletzten in ein Krankenhaus. Seine Persönlichkeit wurde festgestellt als die des wohnungslosen 25jährigen Apothekergehilfen Adolf St. aus Rudolfsbad, der aus Verzweiflung über seine schlechte Lage den Tod im Wasser gesucht hatte.

**Der Hauptlehrer Schmidt** in Neu-Weißensee, welcher sich der Staatsanwaltschaft selbst gestellt hatte, nachdem eine Anzeige wegen strafbarer Handlungen mit Schulmädchen gegen ihn ergangen war, ist jetzt in Untersuchungshaft genommen worden.

**Mit vollständig durchwässerten Kleidern** wurde am Mittwoch Morgen um 3 1/2 Uhr der 34 Jahre alte Arbeiter Hermann Seidel vor dem Hause Neue Friedrichstr. 4 liegend aufgefunden. Ein Schuhmann brachte ihn in ein Krankenhaus. Seidel giebt an, daß er an der Weissenbrücke zwei Personen aus dem Wasser gerettet habe und dadurch in diesen Zustand gekommen sei. Ob das richtig ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

**Einen Selbstmordversuch** aus unglücklicher Liebe verübte die 29 jährige Wirthschafterin Emma Sch. am Stuttgarter Platz in Charlottenburg, indem sie dieselbe mittels eines Revolvers eine Kugel in den Kopf jagte. Als auf den Schuß Nachbarn herbeieilten, fanden sie die Unglückliche zwar bewußtlos, doch noch lebend vor, und sorgten für schleunige Unterbringung derselben im städtischen Krankenhaus daselbst.

**Ein Baunfall** hat sich Mittwoch Nachmittag um 2 1/2 Uhr auf dem Grundstück Pariser Platz 6, dem früheren Friedländerischen Palais, zugetragen. Bei dem Abriss des Gebäudes war an der sogenannten Steinmauer im ersten Stock der 56 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Bock aus der Prenzlauer Allee 34 beschäftigt. Nöthig fürste eine hohle Bretterwand aus noch nicht genau festgestellter Veranlassung in das Innere eines Raumes, in dem sich Bock mit anderen Arbeitern zusammen aufhielt. Bock, der zwischen zwei Pfeilern stand, konnte nicht ausweichen und wurde von den schweren Theilen der Wand getroffen. Er erlitt trotzdem nur einen Bruch des linken Unterschenkels und wurde von einem Mitarbeiter in einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht.

**Ein Unfall** mit tödtlichem Ausgange ereignete sich vorgestern, Dienstag Abend, im Hause Kanonierstr. 17-20. Gegen 8 Uhr wollte die 71 Jahre alte Pfortnersfrau Karoline Suter das Gas anzünden, fürste dabei infolge eines Fehltritts die Treppe hinab und blieb mit gebrochenem Schädel im Fluß liegen.

**Nicht weniger als sieben hilflose Männer** wurden gestern und heute früh in verschiedenen Straßen aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht.

**Erhoffen** hat sich im Männerheim für Blinde zu Steglitz ein in holländischen Diensten erkludeter Deutscher. Er hatte lange bei den Truppen auf Java gedient, im Kampfe gegen die Atchinesen aber sein Augenlicht eingebüßt. Um sich für eine Beschäftigung ausbilden zu lassen, besuchte der Unglückliche die königliche Blindenanstalt in Steglitz, aus der er jedoch auf seinen Wunsch bereits am 1. April wieder entlassen wurde. Die Veranlassung über sein Schicksal hat dem Verurtheilten die Waffe in die Hand gedrückt.

**Durch die Ansicht des Kapitäns vom Dampfer „Johanna“** ist am 2. Pfingstfeiertag abends zwischen 10 und 11 Uhr eine furchtbare Katastrophe verhindert worden. Der Dampfer kam von Neumühle und hatte den Kurs nach Berlin. In der Nähe der Borussia-Brauerei kam während der Fahrt quer über die Spree ein Boot, stark besetzt mit Personen, welche sich wahrscheinlich von einem Ufer nach dem andern übersehen lassen wollten. Trotz des wiederholten Läutens auf dem Dampfer war plötzlich das Boot nur noch ungefähr 2 Meter entfernt. Der Kapitän ließ sofort stoppen und es gelang noch rechtzeitig, den Dampfer vom Stehen zu bringen, aber die Spitze berührte schon fast das Boot. Die Insassen, die ein furchtbares Schreie erhoben hatten, kamen dank dem Kapitän mit dem bloßen Schreck davon.

**Witterungsübersicht vom 27. Mai 1896.**

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (90 = 50° F.)
Swinemünde	770	NO	8	Regen	12
Hamburg	769	O	8	halb bedekt	14
Berlin	767	NO	4	wolkig	15
Wiesbaden	764	NNO	2	bedekt	16
München	763	O	5	heiter	16
Wien	765	Still	—	wolkenlos	15
Paparauda	772	W	2	wolkenlos	14
Petersburg	768	NN	0	wolkenlos	16
Cort	771	O	4	heiter	14
Aberdeen	775	N	2	bedekt	11
Paris	764	NNO	8	bedekt	12

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. Mai 1896.** Warmes, theils heiteres, theils wolkiges Wetter mit etwas Regen und frischen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Kunst und Wissenschaft.** Pädagogische Umsturzbestämpfung. Unter den mancherlei Kongressen, die in den letzten Tagen in Berlin abgehalten sind, beanspruchten etwelche, die es auf „erzieherische“ oder pädagogische Erfolge abgesehen haben, einiges Interesse. Recht beachtenswerth sind diese Versammlungen schon deshalb, weil sie in treffender

Welle von der geistigen Bedrücktheit und Besangenheit eines großen Theils ihrer Besucher bereitetes Zeugnis ablegen. — Wir erwähnen da die am Dienstag Abend im Nationalhotel abgehaltene Hauptversammlung der *Comenius-Gesellschaft*, in welcher Herr Prof. W. Rein aus Jena als offizieller Redner über „Volkshochschulen mit Beziehung auf die dänischen Volkshochschulen“ sprach. Es sei eigentümlich, daß die Deutschen, die von jeher stolz auf ihr Erziehungswesen waren, jetzt auf das Ausland blicken müßten, wenn sie den jetzt wirkungslosen Kampf der Schule gegen die zerstörenden Mächte des Umsturzes mit Erfolg weiter führen wollten. Die allgemeinen Fortbildungsschulen erfüllten den Zweck der Umsturzbekämpfung in keiner Weise. Dazu seien Veranstaltungen notwendig, die ihren Schwerpunkt in die Einwirkung auf die Gemüthsverlegung, und in dieser Beziehung schienen dem Redner die dänischen Volkshochschulen als Muster vorzuschweben. — Denn dort unterrichteten junge Gelehrte, die für diesen Beruf ja am besten geeignet seien, und dort, fuhr der Redner fort, „ist der Lehrplan in erster Linie darauf gerichtet, eine tüchtige Gesinnung zu entwickeln und zu befestigen, die in warmer Religiosität und in echter Vaterlandsliebe mündet“. Deshalb siehe vaterländische Literatur und Geschichte im Mittelpunkt des Unterrichtes. — Derartige Wünsche Redner dann auch für Deutschland.

Herr Universitätsbibliothekar *Nörrenberg* aus Kiel empfiehlt dann noch die Einrichtung von Bücherhallen (im gewollten Gegensatz zu den bestehenden Volksbibliotheken) als ein geeignetes Mittel gegen die immer größer werdende Macht der „Partei-Pressen“, indem er hinzusetzte, daß derartige Einrichtungen auch für den Gebildeten recht praktisch seien, der dann den zur Ausklärung der Massen notwendigen Sogel, Nante und Treisfäße (!) billiger bekäme. Solchem Ansinn trat Privatdozent Dr. Reich aus Wien entgegen. Er berichtete über die daselbst in diesem Jahre von der Universität veranstalteten und von der Regierung subventionierten Kurse für das Volk, und betonte, daß man bei einem derartigen Unternehmen unbedingt darauf verzichten müsse, das Volk zu erziehen zu wollen; der einzige Zweck sei, es zu belehren. Es seien daher in Wien von vornherein religiöse, politische und soziale Themen ausgeschlossen gewesen, bei denen man nur zu leicht verlost würde, statt das Wissen um des Wissens willen zu geben, die Hörer — sei es vom radikalen, sei es vom liberalen Standpunkt — beeinflussen zu wollen. Es waren Vorträge von je sechs Vorträgen, die über Anatomie, Physiologie, über die erste Hilfe bei Unglücksfällen, Kinderkrankheiten, Elektrodynamik u. s. w. gehalten wurden und auch durchschnittlich gut besucht waren. Dazu hätte nicht zum wenigsten der billige Preis beigetragen — für je einen Vortzug 25 Pf., für Vereine 50 Pf. und für Unbemittelte gar nichts. Der Redner schloß damit, daß er überzeugt sei, diese volkshilfliche Einrichtung habe dazu beigetragen, daß die 100 000 Sozialdemokraten, die am 1. Mai am Parlament drohende Rufe ausgestoßen hätten, an der Universität! unter dem Rufe vorübergegangen seien: „Gott die Universität! Gott die Wissenschaft!“

In dem Aberglauben, daß die soziale Frage durch Erziehung des Menschen gelöst werden könne, war auch die Generalversammlung preussischer Volkshochschul-Lehrerinnen befangen. Nach dem Vortrage, den eine Dame über die Frage, welches die besonderen Aufgaben der Volkshochschul-Lehrerinnen auf dem Lande seien, hielt, gelangten folgende Thesen zur Annahme:

1. Die soziale Frage ist in ihrem innersten Kern eine Erziehungsfrage: ohne gute Erziehung der Jugend kann der sittlichen und wirtschaftlichen Noth und dem drohenden Verfall des Familienlebens in den Lohnarbeitenden Ständen nicht gesteuert werden.
2. Die Hauptarbeit der Volkshochschule fällt der Volkshochschule in Städten und auf dem Lande zu und ihre erzieherische Einwirkung muß an Intensität zunehmen, je weniger die Familie im Stande oder willens ist, ihre erzieherische Aufgabe zu erfüllen.
3. Die Volkshochschule kann ihre erweiterte Erziehungsaufgabe nur erfüllen, wenn für die Mädchenklassen Lehrerinnen in ausreichender Zahl zur Mitarbeit herangezogen werden.
4. Die Landlehrerinnen muß mehr noch als die Lehrerinnen in der Stadt ihre ganze Kraft und Zeit ihrem Berufe widmen; sie muß deshalb so gestellt sein, daß sie nicht nöthig hat, Nebenverdienst zu suchen oder nach einer besseren Stelle auszuweichen.
5. Die Landlehrerinnen im besonderen müssen in Gehalt, Wohnung und Feuerung und sonstigen Bezügen den Lehrern, an deren Stelle sie treten, gleichgestellt sein; auch müssen den Gemeinden dieselben staatlichen Stellenzulagen für sie gezahlt werden.

Mit unklaren Empfindungen des Unbehagens über den Jammer unserer sozialen Zustände mischt sich unter den Pädagogen höheren und niederen Ranges sowohl die Scheu, das Ding zu erkennen und beim rechten Namen zu nennen, als auch der Dünkel des von oben stramm in Schranken gehaltenen geistigen Korporalstums. Der größte Theil unserer Lehrkräfte thäte wahrlich gut, sich selber erst geistig oder leiblich

frei zu machen, statt sich etwas darauf einzubilden, daß er von oben als Kanonensutter im Kampfe gegen die vorwärtsdringende Sozialdemokratie benützt wird.

Die in Hamburg tagende deutsche Lehrerverammlung beschloß, die nächste, im Jahre 1898 stattfindende, deutsche Lehrerverammlung in Breslau abzuhalten. — Vor dem Neuphilologentage sprachen gestern Prof. Scheffler-Dresden über „Technische Hochschule und neuere Philologie“, Dr. Nöhlefeld-Osternode über „Bedeutungsverwandtschaft“, Prof. Victor-Marx über „Was ist im Ausland zur praktischen Förderung der Neuphilologie in letzter Zeit geschehen?“, Gauthier des Gouttes-Kiel in französischer Sprache über „Die zeitgenössische französische Literatur und Schule“.

### Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer, die von ungefähr 2000 Personen besucht war, tagte am 26. Mai im Freudenpark, um über die in Zukunft zu unternehmenden Schritte zur Erringung des Neunstundentages zu beraten. Silber-schmidt, der einleitend die augenblickliche Situation schilderte, ist der Ansicht, daß die in letzter Zeit zu tage getretenen Vorkommnisse eine theilweise Aenderung der bisherigen Taktik erfordern. Die vorgenommenen Vau-sperren haben sich im allgemeinen sehr gut bewährt, trotzdem diese durch die Machinationen seitens der Unternehmer mit Zuhilfenahme der Behörden illusorisch gemacht werden sollten. So z. B. wurde ein Maurer, welcher seine Invaliditätskarte bei dem St. Polizeirevier regeln wollte, von einem Beamten aufgefordert, wenn er keine Arbeit habe, nach dem gesperrten Bau in der Kreuzbergstraße zu gehen, dort werde er Arbeit erhalten. Gleichzeitig wurde ihm zugesichert, daß ein Schuhmann dafür sorgen würde, daß er dort ungehindert arbeiten könne. Von einem Vorgehen noch in dieser Woche, um den Neunstundentag allgemein zur Durchführung zu bringen, ersucht Redner Abstand zu nehmen, um eine Zerspaltung der Kräfte zu vermeiden. Diese und vielleicht auch die nächste Woche soll zunächst dazu dienen, die nach Pfingsten veränderte Situation zu studieren, um dann dementsprechend handeln zu können. Hierauf ersucht der Redner um die Annahme folgender von der Lohnkommission ausgearbeiteten Resolution:

Die Versammlung weist die in Nr. 42 der „Baugewerks-Zeitung“ gemachte Behauptung, die Forderung der Maurer, daß auf 348 Bauten 4100 der Neunstundentag bewilligt sei eine Täuschung des Publikums und eigene Selbstverherrlichung, mit Entschiedenheit zurück. Wenn die „Baugewerks-Zeitung“ von ihren Klassenossen so unzuverlässig sich bedienen läßt, und sich dieselbe Scheu, der Wahrheit die Ehre zu geben, so liegt die Selbsttäuschung und Selbstverherrlichung ganz auf jener Seite. 2. Um ein geordnetes Vorgehen zu ermöglichen und keine vorzeitige Zersplitterung der Kräfte herbeizuführen, haben Arbeitsniederlegungen zur Einführung des Neunstundentages in dieser Woche zu unterbleiben. 3. Wo jedoch von der neunstündigen zur zehnstündigen Arbeitszeit zurückgekehrt werden soll, haben die Kollegen sofort, wenn möglich per Telephon der Kommission Mittheilung zu machen. Dieser Abwehrschritt muß dann mit aller Entschiedenheit geführt werden und hat sich jeder beteiligte Kollege der Kommission zur Verfügung zu stellen.

In der Diskussion, an der sich *Veierdors*, *Kater*, *Wittkold*, *Gröppler* und andere beteiligten, sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referats und für die Annahme der Resolution aus. *Zimmerer Fischer* forderte gleichfalls auf, unbekümmert um das Verhalten des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, der zum großen Theil aus Mitgliedern besteht, die nicht mehr praktisch thätig sind und folgedessen gar keine Arbeiter beschäftigen, gemeinschaftlich mit den Zimmerern für die allgemeine Einführung des Neunstundentages in der Baugewerbe zu wirken. Nachdem noch bekannt gegeben wurde, daß in nächster Zeit wieder eine Versammlung zur weiteren Beschlußfassung stattfindet, wurde die Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Zum Schluß forderte *Silberschmidt* noch auf, die Vau-sperren zu beachten und die Sammlungen für den Streikfonds weiter fortzusetzen, sowie dafür Sorge zu tragen, daß die Bau-deputirten-Versammlung, welche am Freitag stattfindet, von allen Bauten besichtigt wird.

In einer öffentlichen Versammlung der Schuhmacher, die am 26. Mai vormittags bei Martens, Friedrichstraße, tagte, referierte *Geisoff* über: „Der gewerkschaftliche Kampf als Mittel zur Hebung der Arbeiterklasse“. Der interessante Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Als weiterer Punkt der Tagesordnung stand die gegenwärtige Lohnbewegung zur Erörterung. Nach dem Bericht ist die Gesamtlage als unverändert zu bezeichnen. Da sich nur wenige Streikbrecher bisher gefunden haben, so waren fast alle Redner der Ansicht, daß der Streik innerhalb acht Tagen zu gunsten der Arbeiter beendet sein wird. Betont wurde jedoch,

daß man unter keinen Umständen gewillt sei, von den Forderungen etwas abzulassen, sondern wenn notwendig, weiter auszuhalten. Ein Theil der Kollegen hat Berlin verlassen, um während des Streiks anderweitig zu arbeiten. Diejenigen, welche unter den neuen Bedingungen arbeiten, wurden nochmals aufgefordert, dem Beschluß einer früheren Versammlung gemäß den erhaltenen Lohnzuschlag den Streikenden als Unterstützung wöchentlich zu überweisen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Arbeiterbewegung erfolgte hierauf der Schluß der zahlreich besuchten Versammlung.

**Arbeiter-Gilbungsschule.** Die Pfingstferien dauern von Sonntag, den 24. Mai, bis einschließlich Donnerstag, den 28. Mai. Wiederbeginn des Unterrichtes in beiden Schulen am Freitag, den 29. Mai.  
**Arbeiter-Gewerksbund Berlin und Umgebung.** Versammlung am Freitag, den 29. Mai. Die Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an *Friedrich Kortum*, *Maunusfeldstr. 49, v. 3. Et.*  
**Arbeiter-Kameradschaft Berlin und Umgebung.** Verhandlungen im Vereinskalender sind zu richten an *Otto Schulz*, *Kottbuserdamm 73.*  
Fund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. Die Zuschriften den Bund betreffend sind zu richten an: *Gerhard Jahn*, *Schönhauser Allee 177 a.*

### Vermischtes.

In *Wilhelmshaven* sind zwei Leichen der Verunglückten vom Torpedoboot S 48 aufgefunden worden. Es sind dies der Ingenieur *Sibhard* aus Jaderbusen und der Geizer *Freundenberg* bei Dorum, Kreis Lehe, gebürtig.

Ueber eine Katastrophe aus Anlaß des letzten Hochwassers wird aus *Hohenelbe* gemeldet: Während der Sohu des hiesigen Fabrikbesizers *Löwit* mit zwei Beamten und fünf Arbeitern bemüht war, durch Entfernung einiger Hindernisse am Schleusensteg dem Hochwasser einen schnelleren Abfluß zu schaffen, wurde die Fabrikbrücke, auf der sie sich befanden, von den Wassermassen niedergedrückt und fortgeschwemmt. *Löwit*, die beiden Beamten und ein Arbeiter wurden gerettet, während von den übrigen Arbeitern nur zwei als Leichen geborgen werden konnten. Das Schicksal der beiden Andern ist noch unbekannt.

*Unwetter in Nordamerika.* Eine Depesche aus *Detroit* berichtet den Verlust an Menschenleben durch einen Cyclon vom Montag auf 100 Tode. Dem Cyclon war ein Gewitter mit unaußersichtlichen Wolken vorausgegangen; die Erde zitterte, wie bei einem Erdbeben. Die Erdschütterung verwüsthete ein dreißig Meilen langes und dreiviertel Meilen breites Gebiet; in *Kairo*, im Staate *Illinois*, scheiterte eine Dampfmaschine; 30 Personen ertranken.

In *Castroville*, Provinz *Cofenza*, richtete in der Nacht zum Dienstag ein Wirbelsturm großen Schaden an. Mehrere Häuser wurden zerstört; eine Person kam ums Leben. Die Eisenbahnverbindungen sind unterbrochen.

*Als Victoria, Britisch-Columbia*, wird vom 26. Mai berichtet: Beim Zusammenbruch einer Brücke sind hier 50 Personen, meist Besucher aus den Vereinigten Staaten, welche zur Feier des Geburtstages der Königin hierher gekommen waren, ertrunken.

An der *Cholera* starben Montag in *Alexandria* 19, in *Kairo* 87, in *Luxat* 6, an anderen Orten 7 Personen; die Gesamtzahl der Todesfälle in *Ägypten* am gestrigen Tage ist 115. Der Gesundheitszustand der britischen Truppen ist fortwährend vorzüglich.

### Briefkasten der Redaktion.

**Teltow.** Wir können die Arbeiter nur warnen, den Verlockungen zur Annahme von Arbeit in Paris Folge zu leisten. Es handelt sich in solchen Fällen meistens um Streikbrechergesuche.

**J. N. 2.** Siehe Nr. 119 des „Vorwärts“.

**Z. S.** Abgesehen von anderen Gründen verbietet es der beschrankte Raum unseres Blattes, Ihrem Wunsche zu entsprechen.

**M. H. Ka-iro.**  
**G. S. 24.** Der freisinnigen Vereinigung.

**Gärtler, Pankow.** Die Zivilklage auf Herausgabe der Sachen. — **Drathmann.** Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. — **Müller-Insberg.** Die Aufforderung der Steuerbehörde ist zutreffend. — **A. C. H.** Dagegen ist leider nichts zu machen. — **M. W. 2.** 1. Die Strafverfolgung wegen Zuwiderhandlung gegen das Forstdiebstahls-gesetz verfährt in sechs Monaten, in schweren Fällen in 8 bis 5 Jahren. 2. Ja. — **S. 1000.** Die irrige Angabe der Zeit ändert an Ihrer Strafbarkeit nichts und macht aus der Anzeige keine strafbare Denuntiation. Aus der die letztere betreffenden Anzeige erwachsen Ihnen keine Kosten. — **A. S. 56.** Nur wenn die Krankheit durch den Dienst entstanden ist. — **S. T. 46 a.** Heim-arbeiter sind nur dann fleißpflichtig, wenn die fleißpflicht auf sie durch besondere Vorchrift des Bundesraths erstreckt ist. Dies ist bei den Tabak- und Textil-Heimarbeitern der Fall.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, den 28. Mai.  
**Spernhaus.** Der fliegende Holländer.  
**Schauspielhaus.** Judith.  
**Deutsches Theater.** Lumpacivagabundus.  
**Kessing-Theater.** Waldmeister.  
**Berliner Theater.** König Heinrich.  
**Neues Theater.** Lata-Loto.  
**Reisen-Theater.** Hotel zum Frei-hafen.  
**Leibniz-Wilhelmshof-Theater.** Der Hungerleider.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die kleinen Lämmer. Vorher: Sam-le's Geist.  
**Theater Unter den Linden.** Der Großherzog.  
**Schiller-Theater.** Viel Lärm um Nichts.  
**Adolph Ernst-Theater.** Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.  
**Selle-Alliance-Theater.** Die Kinder des Kapitän Grant.  
**National-Theater.** Die Reise durch die Gewerbe-Ausstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**  
**(Wallner-Theater.)**  
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Viel Lärm um Nichts.** (Beatrice: Frau Clara Meyer a. G.)  
Freitag, abends 8 Uhr: **Viel Lärm um Nichts.** (Beatrice: Frau Clara Meyer a. G.)

**Alt-Berlin.**  
Bei günstiger Witterung nachmittags 8 Uhr: Wendischer Jagd- u. Beutegug.  
Nachmittags 6 Uhr: Aufzug zum Ringelstechen.  
**Drei Musikcorps.**  
Gemischter Chor d. Theaters Alt-Berlin.  
Volkshelustigungen. Sellänger.  
Zauberei u. Irrgarten. Diorama u. c.  
Eintritt: 25 Pf.  
Donnerstag 50 Pf.  
Passpartouts à 4 Mk.

**Theater Alt-Berlin.**  
(Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896.)  
Donnerstag, den 28. Mai 1896:  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Gotskowsky**  
von Adalbert von Haasstein.  
An mein Volk!  
von Kgl. Delmar.  
Zum Schluß:  
Märkisches Ringelstechen.

**Reichshallen** Im pracht-vollen Garten  
Beipzigerstraße, am Dönhofsplatz.  
Täglich:  
**Norddeutsche Sänger**  
Stürmische Heiterkeit bei  
**Alle fünf Barrisons**  
Neues Programm.  
Anfang Wochentags 8 Uhr,  
Entree 30 Pf., refer. 50 Pf.  
Sonntags 7 Uhr, Entree 50 Pf.  
Vereine erhalten Vorzugspreise.  
Zur Abhaltung von Sommerfesten Saal und Garten bestens empfohlen.  
Anulante Bedingungen.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Lache dich tod!  
in der tollen Gefangenspost  
Die Reise  
durch die Gewerbeausstellung  
in 3 Akten (6 Bildern) von Hugo Waffe.  
Regie: Max Samst.  
Auf der Sommerbühne  
28 Spezialitäten.  
Glanznummern des Abends Mr. Hall der Dynamitmonsch, der Mann mit dem Stielkopf.  
Im Garten Entree frei.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Kaufmann's Variété-Sommer-Theater**  
Königsstraße, Colonnaden.  
Im prachtvollen neu renovirten Garten:  
Spezialitäten = Parade.  
Letzte Woche!  
jugfräuf. Mai-Programm  
30 Nummern.  
Luri Luri Troupe.  
Die Teufelsspiele.  
Der Rattenkönig Barna.  
Bei ungünstiger Witterung Vorstellungen im Theateraal.  
In Vorbereitung:  
**Das fahrende Volk.**

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.  
Naturkundliche Ausstellung  
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.  
Eintritt 50 Pf.  
**Wissenschaftl. Theater**  
abends 8 Uhr.  
Invalidenstr. 57/62, Behrt. Stadtbahnh.  
Sternwarte täglich geöffnet v. 7 Uhr abends ab. Eintritt 50 Pf.

**Adolph Ernst-Theater.**  
Donnerstag:  
**Charley's Tante.**  
Schwan in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London.  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Vorher: Mit neuer Ausstattung:  
**Die Bajazzi.**  
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.  
Anfang 7<sup>1/2</sup> Uhr.  
Freitag: Dieselbe Vorstellung.

**Puhlmann's Vaudeville-Theater.**  
Schönhauser Allee 148. Dir. E. Kadolny.  
Große  
**Elite-Theater-Vorstellung.**

**W. Marten's Vereinshaus**  
Adlerstr. 123 52199  
ist für Gesang- und gesellige Vereine Sonntags von 5 Uhr an, ebenso Donnerstags abends noch zu vergeben.

**Passage-Panopticum.**  
Nur noch kurze Zeit!  
Ein afrikanischer Harem  
mit echten Bauchtänzerinnen.

**Apollo-Theater und Konzert-Garten**  
Friedrichstraße 218. Dir. J. Gllck.  
Täglich um 9 Uhr:  
**Die Spree-Amazone**  
und 14 hervorragende Spezialitäten.  
**Die Spree-Amazone**  
und 14 hervorragende Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 6<sup>1/2</sup> Uhr. Konzert 7 Uhr. — Auf. d. Vorstellung 8 Uhr.  
Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Wald-, Salzwild- Bier** und **gr. Speise-Geschäft**. Reichhalt. Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendlich à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. 49771.  
**H. Stramm, Restaurat.**, Ritterstr. 123

